

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 M., monatlich 1,20 M., Einzelnummer 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die 10 gelbsteilen Zeilenmeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Überschriften u. Werbeanforderungen 6 Pf., Werbeanzeige: Die 10 gelbsteilen Zeilenmeterzeile oder deren Raum im Wert 70 Pf. Postkontokonto: Breslau 544.

Verkaufsstellen: Breslau, Krawattenstraße 10, ...

Ein Stinnesbluff!

Stinnes junior will die Hälfte seiner Aktien „verschenten“ — Ein durchsichtiger Betrug — Parole: Proletarische Produktionskontrolle

(Sig. Drahtber.) Berlin, 17. August

Edmund Stinnes, der aus dem Stinneskonzern ausgeschickte Sanktionskomitee der „Aga“ in Berlin-Lichtenberg (AG für Automobilbau) hat am Freitagabend dem Aga-Betriebsrat seinen Entschluß mitgeteilt.

Die Hälfte seines Aktienbesitzes der Aga-Verwaltung geschenkt werden zu lassen.

Dieser Schritt des Edmund Stinnes hat folgende Wirkung: Nach Ausschreibung des Edmund aus dem Stinneskonzern steht das bisherige gebildete Bankkonsortium im schärfsten Kampf mit ihm und verweigert ihm jeden Kredit. Das Konsortium möchte wohl auch die Aktienmajorität der Aga schließen. In der Erklärung des Edmund Stinnes heißt es darüber:

„Die Führung des Bankkonsortiums steht auf dem Standpunkt, daß für die Aktiengesellschaft völlig gleich sei und überläßt es der Aktiengesellschaft für Automobilbau. Ihre Forderungen gegen Hugo Stinnes im Prozeßwege geltend zu machen. Damit kann man selbstverständlich keine Einnahmen und bis 10 000 Arbeiter und Angestelltenfamilien erhalten. Die Arbeitslosigkeit ansteigen, trotzdem das Unternehmen fast voll und weit besser beschäftigt ist, als die überragende Mehrheit der deutschen Unternehmungen gleicher und anderer Branchen.“

Wir haben es also mit einem der im Zeitalter des monopolistisch-kapitalistischen Imperialismus typischen Fälle einer erbitterten Kämpfe zwischen Kapitalisten und die Verfügungsgewalt über Produktionsanlagen samt der dazu gehörigen menschlichen Arbeitskraft zu tun. Um von den Tatsachen nicht abzugehen zu werden, macht Edmund Stinnes folgende Erklärung: „Ich hoffe, daß, nachdem nunmehr eine Majorität (Stimmenmehrheit) meinerseits bei der Aktiengesellschaft für Automobilbau nicht mehr vorliegt, dieses Unternehmen die erforderliche Unterstützung erhält.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Edmund Stinnes will mit der Aga die Hälfte seiner Aktien eine Kapitalistenverwaltung übergeben, die ihm in der Krise helfen soll. In seiner Not wiederholt er seines Vaters erfolgreiche Methode von 1918 in kleinem Maßstab. Der alte Hugo Stinnes ging damals zu Paris, um sich dort um Hilfe zu bemühen. Er ließ sich dort von den Amerikanern einen Kredit in Höhe von 20 Millionen beschaffen. Die Aktionäre der Aga-Aktien und macht im Bedarfsfall die Werkzeugschmiederei um sich vor dem Konkurs der Aga zu retten. Die Belegschaft der Aga soll ihm zu allererst als Stützpunkt für die Erlangung von Krediten dienen. Zugleich soll dies „arrogante Geschenk“ eine großzügige Geschäftsreflexion darstellen.

Über die Stellungnahme des Aga-Betriebsrats liegt noch keine endgültige Meldung vor. Der Betriebsrat ist sich bewußt, daß hier vorerst am Werke ist. Da man es hier mit einem für das ganze arbeitende Deutschland lebenswichtigen Unternehmen zu tun hat, schaut die ganze Arbeiterklasse auf die Belegschaft und den Betriebsrat der Aga.

Hinter den Kulissen des Stinnesbetrugs

(Sig. Drahtber.) Berlin, 17. August

Der Betrieb der Aga in Lichtenberg, der jetzt in dem durch die Liquidation der „Aga“ des Stinneskonzern verursachten Konkurrenzkampf zwischen Edmund Stinnes und den Banken, hat eine Belegschaft von 2500 bis 3000 Arbeiter, was unter Einrechnung der Familienangehörigen eine Gesamtzahl von etwa 10 000 Köpfen ausmacht. Am Freitag konnten nicht die fälligen Löhne ausgezahlt werden, am Sonnabend wurde auch nur ein Drittel der Löhne ausgezahlt. Die Hälfte der Stinnesaktien, die der Belegschaft angeboten ist, repräsentiert dem Nennwert nach 2 Millionen Mark. Dem Namen nach würde ihre Verwertung an die Belegschaft zu treuen Händen des Betriebsrates, wie dies der Stinnesplan vorsieht eine Beteiligung der Arbeiter an den etwa auszufüttelnden Dividenden bedeuten — wie gesagt, dem Namen nach. Aber das ganze Stinnesmandat ist gar nicht ernsthaft gedacht, es soll dem edlen Stinnesjüngling nur die Möglichkeit geben, wieder offenen Kredit bei den Banken zu bekommen, die dem Besitz der Stinnesaktien den Kreditzinsen vorzuziehen scheinen.

Daß die Aga-Belegschaft ein bloßes Objekt der Stinnespolitik darstellt geht auch daraus hervor, daß nach dem Antritt sofort die Verhandlungen mit den Banken wieder fortgesetzt wurden. Zurzeit wird der Betrieb bereits von amerikanischen Interessenten besichtigt.

Die Gläubiger des Stinneskonzern haben bei dem Stinnes-Konsortium die Forderung beantragt, daß Edmund Stinnes auf Grund des Stinnes-Familienvertrages ganz undschuldig mit beträchtlichen Aktiven aus dem Stinnes-Konzern ausgeschlossen war. Das heißt also, daß Edmund Stinnes die Gläubiger des Konzerns ganz gewaltsam über die Ohr zu hauen

versuchte. Schon als er den Versuch machte, die Belegschaft Aga und damit die Arbeiterschaft über die Ohr zu hauen!

Die bürgerliche Presse, sowohl das völkische „Deutsche Tageblatt“, die Schwerindustrie „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, als auch das Berliner Arbeiterorgan „Die Morgenpost“ sind über das Angebot des Herrn Edmund Stinnes hoch begeistert. Nicht ohne Grund. Sie müssen die Begleitmusik machen zu dem großen Betrugversuch, mit dem der bankrotte Großkapitalist und Mitarbeiter des Stinneskonzerns, sich aus der Schlinge ziehen will. Denn nichts anderes bedeutet diese Aktien „verschentung“. Die Schulden der Aga betragen bisher 12 Millionen Mark, denen nur 9/4 Millionen Mark an Forderungen und Waren gegenüberstehen. Ein Berliner Monatsblatt stellt deshalb auch sehr richtig fest: „Der Kern der Sache ist, daß hier etwas verschont werden soll, was dem Schenkenden gar nicht mehr gehört!“

Die Ursache zu diesem „arroganten“ Schritt des Herrn Dr. Edmund Stinnes ist eine doppelte. Einmal will er wahrscheinlich seinen Besitz vor dem Zugriff der Gläubiger des Stinneskonzerns schützen, die beanstanden, daß er mit großen Vermögensobjekten 7 Tage vor der Bankrotterklärung aus dem Stinneskonzern ausgeschieden ist. Dann aber will Herr Stinnes auch seinen Besuch um Kredithilfe an den Staat durch diesen „Verzicht“ besonderen Nachdruck verleihen. Daß er bei allem nur bestrebt ist, die Arbeiter der Aga nur über die Ohr zu hauen, geht aus obigen Meldungen deutlich hervor. Die Aga-Arbeiterschaft wird es natürlich ablehnen, auf die Reimrute des jungen Stinnes zu kriechen.

Aber der Fall Aga hat noch eine andere Seite. Er zeigt, wie notwendig es ist, daß die deutsche Arbeiterschaft den Kampf um die proletarische Produktionskontrolle aufnimmt. Der Profitkampf der Kapitalisten gegeneinander führt, wie der Fall Aga zeigt, zu ungeheuerlichen anarchischen Zuständen. Die Arbeiter, die keinen Lohn erhalten, sind die Opfer dieser kapitalistischen Zwiste. Die proletarische Produktionskontrolle würde dem ein Ende machen. Auch der kommende WGB-Kongress, auf dem das Problem der sogenannten „Wirtschafts-demokratie“ nach Wunsch der reformistischen Führer eine große Rolle spielen wird, muß sich mit der Lehre des Aga-Falles befassen. Erst wenn die deutschen Gewerkschaften nach dem englischen Beispiel alle Kräfte sammeln und planmäßig einsetzen, werden sie im Namen der proletarischen Massen gegenüber der selbstmörderischen kapitalistischen Wirtschaftsanarchie wieder ihr Machtwort sprechen können.

Gewaltige Aufwertung der Fürstenbezüge

(Sig. Drahtber.) Berlin, 17. August

Der kürzlich haben wir berichtet, wie die thüringische Reichsregierung auf Kosten der Arbeiter und der abgewerkelten Inflationsopfer die ehemaligen Fürstenthümer mit gewaltigen Aufwertungssummen beschuldet haben. Jetzt wird aus Braunschweig dasselbe gemeldet. Das ehemalige braunschweigische Fürstentum führte einen Prozeß gegen den Staat. Jetzt hat die Stahlhelm-Regierung sich bereit erklärt, gemäß einem Vorschlag des Oberlandesgerichts dem abgeleiteten Monarchen die jährliche Pensionssumme von 75 000 Mark als „Aufwertung“ auszusuchen und weiter ihm den größten Teil der ehemaligen Söldner- und Kronquälerei zu überlassen. Der kleinbürgerlichen Söldner-Wähler wird eine deusignationshindenburgische Sektion nach der anderen kreiert, wie sie nicht brutaler gedacht werden könnte. Einige Millionen armer kleiner Leute, denen die kapitalistischen Raubtiere alles genommen haben und deren Ausraubung durch die völkischen Vertreter derselben Raubtiere geflüchtlich heilig gesprochen ist, dürfen zuleben, wie man die dynastischen Rüstzeug-Deutlichender aufwertet.

62,9 Millionen Zoll- und Steuerüberschuß

(Sig. Drahtber.) Berlin, 17. August

Die Gesamtentnahme an Steuern und Zöllen im Juli beläuft sich auf 713,6 Millionen. Nach der Rechnung, der dem General-Agenten verpfändeten Zölle und Steuern verbleiben 689,5 Millionen. Das sind 146 Millionen mehr als im Juni 1925. Die Ausgaben im Juli betragen 629,7 Millionen, es ergibt sich also für den Juli ein Ueberschuß von 62,9 Millionen Mark.

Neun Selbstmorde!

(Sig. Drahtber.) Berlin, 17. August

Der gestrige Sonntag brachte neun Selbstmorde wegen wirtschaftlicher Notlage.

Coat und Gusemann Auch ein Beitrag zum WGB-Kongress

Auf der Tagesordnung des WGB-Kongresses in Breslau steht als einer der Hauptpunkte die „Wirtschafts-demokratie“. Der siegreich beendete Kampf der englischen Bergarbeiter gibt den deutschen Gusemannern einen Beitrag zu diesem Thema, den sie nicht hinter den Spiegel stecken werden. Es ist ratsam, dabei einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Verhalten der deutschen und der englischen Bergarbeiterführer in derselben Situation.

Seit Monaten herrscht in Europa eine Kohlenkrise. Es ist den Bergherren nicht möglich, die Menge der geförderten Kohlen, die die Friedenshöhe bereits überschritten hat, an den Mann zu bringen. Besonders England und Deutschland, die beiden Hauptkohlenhändler Europas, sind von der Krise betroffen. Es gibt eine Reihe von Ursachen für diese Erscheinung: einmal die vermehrte Ausbeutung der Wasserkraft und von elektrischer Energie für die Erzeugung der allmähliche Uebergang zur Braunkohle- und Dampferzeugung, die bessere Ausnutzung der Heizkraft von Steinkohle und schließlich kommt noch der Fortfall eines wichtigen Kohlenverbrauchers der Vorkriegszeit, die Kriegsmacht der mitteleuropäischen Staaten, in Frage; auch der Ausfall des russischen Marktes, der heute kaum den zehnten Teil seines Friedensverbrauches an Kohle aufnimmt, muß in Betracht gezogen werden.

Die Länder, die Kohlen erzeugen, machten sich also infolge des Ueberangebotes gegenseitig heftige Konkurrenz und drückten die Kohlenpreise immer weiter herunter, wobei die Reparationsloshe die Lage noch verschärfte. Besonders betroffen wurden dabei die englischen Bergwerksbesitzer. Die deutschen Grubenherren hatten ihr festgefügtes Kohlenmonopol. Sie konnten die Folgen der Krise für sich abmildern, indem sie durch allgemeines Uebereinkommen die Kohlenproduktion einschränkten und einen Teil der Gruben stilllegten. Außerdem hatten sie noch viel „kühnere“ Mittel. Sie konnten die Inlandskohlenpreise nach Gutdünken erhöhen und sich so von den deutschen Verbrauchern die Kosten der Krise bezahlen lassen. Die englischen Bergwerksbesitzer konnten das nicht. Sie hatten kein Kohlenmonopol. Und nicht nur, daß ihnen die deutsche Kohle auf dem Weltmarkt unbequem wurde, machten sie sich noch gegenseitig im eigenen Lande Konkurrenz. Die englischen Zeitungen sind voll mit Jammern und Klagen, wie schlecht es den englischen Grubenbesitzern ginge. Nur 10 Prozent der Bergwerke Englands sollen bei den heutigen Kohlenpreisen ohne Verlust arbeiten. Damit ist der Mund zweifellos etwas vollgenommen. „Ohne Profit raucht kein Schornstein.“ Und auch die englischen Ausbeuter sind keine Wunderkinder. Auch sie geben sich lieber alle zehn Finger einzeln ab, als daß sie ihre Betriebe ohne Profit nur „zum Wohle der Wirtschaft“ laufen ließen. Aber daß ihre Profite sich sehr verringert haben, steht außer Zweifel.

Den englischen Kohlenherren ging es also schlecht. Sie waren im Elend. Man sah sie beinahe vor Hunger zusammenschrumpfen und hörte fast das Geklapper ihrer ausgemergelten Gebeine. Und in ihrer Not gingen die armen Bergwerksbesitzer zu den „wohlgenährten, sorgenfreien“ Bergarbeitern und entwidelten ihr „Rettungs“-Programm für den britischen Kohlenbergbau. „Zunächst einmal“, sagten sie, „verdienen wir zu wenig, also müssen wir Euren Lohn kürzen, und dann muß auch die Arbeitszeit verlängert werden, weil mehr Kohle gefördert wird, als wir verlaufen können.“ Und sie empfahlen, dieses Programm schleunigst anzunehmen, „im Interesse der Wirtschaft“ und um eine völlige Stilllegung des Bergbaus zu verhindern. Rettet „unser“ Wirtschaft, rief man den englischen Kumpels zu.

Ach, uns deutschen Arbeitern sind diese Töne gar nicht unbekannt. So oft die Stinnes und Thyssen einen neuen Raubzug auf die Tasche und die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter planen, rufen sie auch: „Hilfe! Hilfe! Rettet die Wirtschaft!“, und dann wußten die Arbeiter sehr genau, daß es bald mehr Arbeit, mehr Lohnkürzungen, bei jeder Bergarbeiterbewegung hatten wir dasselbe Theater. Wie war es Ende 1923, als im deutschen Kohlenbergbau die Siebenstundenschicht verloren ging? Die Bergherren der Ruhr riefen: „Rettet uns vor dem Untergang, Bergarbeiter, und arbeitet länger.“ ... und der Bergarbeiterverband ließ sich auch nicht lumpen. „Im Interesse

der deutschen Wirtschaft nehmen die deutschen Bergarbeiter Opfer der Mehrarbeit auf sich", erklärte stolz wie ein Spanier der „Vertreter der Bergarbeiterinteressen“ Gusemann.

„Ein tübnes Wort gelassen ausgesprochen“, möchte man diesem stolzen Reden zurufen, der mit einem Satz die große soziale Frage entwirrt, daß die Bergwerke und Süften und die ganze (kapitalistische) Wirtschaft den Arbeitern zu eigen sei. Denn was für einen Sinn hätte sonst seine Opferbereitschaft für die „Wirtschaft“? Was Gusemann sich damals (und heute) geleistet, kann man nur ermessen, wenn man sein Verhalten mit dem von Cool, dem englischen Bergarbeiterführer, vergleicht. Der erklärte den Opfer heischenden Bergherren, daß kein Cent und keine Minute von den Bergarbeitern ohne Kampf preisgegeben würde. Und als die Unternehmer von den Erfordernissen der „Wirtschaft“ sprachen, und mit Stilllegung der Kohlengruben drohten, erwiderten ihnen die Bergarbeiter, diese „Wirtschaft“ ist nicht die Wirtschaft der Arbeiter, sondern der Kapitalisten. Und wenn ihr nicht in der Lage seid, sie zu betreiben und die Betriebe stillzulegen, so beweist ihr, wie richtig unsere alte Forderung war, und wir werden den Kampf um die Sozialisierung aufnehmen. Mag man über die „Sozialisierung“ (unter Herrschaft der Kapitalisten) denken wie man will, aber das war wenigstens eine Arbeiterantwort und sie klingt in unseren Ohren, die schon lange jedes ernsthaften gewerkschaftlichen Klassenkampfes entwöhnt sind, wie ein stolzer Schlächtruf.

Aber es blieb in England nicht bei diesen theoretischen „Unterhandlungen“. Mit großem Ernst wurden die Vorbereitungen zu dem gewaltigen Ringen getroffen. Und dabei begingen die englischen Gewerkschafter einige Todsünden gegen den dreimal geheiligten Geist des deutschen Gewerkschaftsreglements: Sie schlossen zunächst mit dem Transportarbeiter, dem Eisenbahner- und allen wichtigen Verbänden Kampfbündnisse ab. Keine Schaufel sollte sich rühren, kein Rad sich drehen, das den Bergarbeiterkampf gestört hätte. Den „korrekten“ deutschen Bergarbeiterführern wird über ein solches Verbünden der Schred in die Glieder gefahren sein. Man denke, diese „Puffstaktik, die andere Verufe, sogar solche mit ungefündigten Tarifverträgen, in die Bewegung hineinziehen“. (Leipz. 1924 beim Bergarbeiterstreik.)

Auch international wurden Versuche unternommen, den englischen Bergarbeiterkampf zu sichern. In der Pariser internationalen Bergarbeiterkonferenz unterhielt man sich eingehend darüber. Die englischen Bergarbeiterführer, und nicht nur sie, sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft erwartete vom deutschen Arbeiterverband und vom ADGB, daß sie die günstige Gelegenheit nutzen und die Siebenstundenschicht für die rheinischen Räume wieder zurückerobern, zumal im Saargebiet ebenfalls der Kampf entbrannte. Ach, sie kannten die Gusemmänner schlecht: In einer offenbar vom SW. stammenden Erklärung sagte der „Vorwärts“: „Die deutschen Bergherren warten nur darauf, daß die Arbeiter bei den gegenwärtigen Krisen in den Streik treten.“ Hatte der „Vorwärts“ nicht recht? Aber gewiß warteten die deutschen Kohlenbarone auf den Kampf im Ruhrkohlenbergbau. Totstellen hätten die Räume sich können, solange die Transportarbeiter, die Eisenbahner usw. die ungeheuren „Halben“ abtransportierten. Und die Verkehrsarbeiter hätte der ADGB, wie in den Kampf hineingezogen. Das waren doch „Berufe mit sogar ungefündigten Tarifverträgen“ und außerdem, man kann nie wissen, wohin sich eine große Bewegung führt. Vielleicht werden die deutschen Arbeiter dadurch zu maßlosen Forderungen aufgereizt und verlangen die Wiedereinführung des Achtstundentages! Nein, lieber kein Kampf! Und in Paris schieden die deutschen und englischen Delegierten im Zorn voneinander. Ja, die Herren Thosten und Knapp brauchten vor dem Reichstag keine Angst zu haben. Sie können sich auf „ihre“ Gewerkschaftsführer verlassen, diese wissen, was (der kapitalistischen Wirtschaft) nützt.

Was die Moral von der Geschichte? Die deutschen Gewerkschaftsführer werden sie höchst merkwürdig finden und sie wird ihnen irgendwo lauer schmeiden. Nach ihrer Theorie hätten die „wissenschaftlichen Methoden“ der englischen Gewerkschaften zur „Katastrophen“ führen müssen. Aber die „Katastrophen“ sah anders aus, als sie dachten. Die Aussicht auf einen Generalkrieg der englischen Arbeiter, nach dazu mit einem Proletariat, das lebhafteste Sympathien mit Sowjetrußland empfindet, ist sogar für einen englischen Imperialismus eine starke Drohung. Er wählte den besseren Teil der Tapferkeit. Die Regierung sah sie, sie ließ die alten Arbeitsbedingungen bestehen und verpflichtete sich, aus eigenen Mitteln diesen Sieg der Bergarbeiter zunächst sechs Monate zu finanzieren. Fast 500 Millionen Lichte dieses Geschäft die englische Bourgeoisregierung. Das Geld wird an die Bergwerksbesitzer ausbezahlt, damit sie unter Aufsicht der Regierung die gegenwärtigen Arbeitszeit und des Arbeitslohns, die Kohlen im Auslande unter Umständen sogar unter Selbstkostenpreis abgeben können. Und wie überraschend für Gusemann & Co. Die „wissenschaftliche“ Taktik der englischen Gewerkschaften erreichte dies glänzende Ergebnis ohne eine Stunde Streik.

Aber die „Ange und vorläufige“ Haltung der deutschen Bergarbeiterdelegierten in Paris zeitigte eine Folge für die deutschen Kampfs, die sie nicht so bald vergessen werden. Der Konflikt im englischen Bergbau wäre sicher im Kampfe endgültig gelöst worden, wenn die englischen Bergarbeiterführer der deutschen Unterstützung sicher gewesen wären. So gelang es lediglich, ihn um sechs bis acht Monate zu verlagern, allerdings unter Anerkennung der Forderungen der Arbeiterschaft.

In diesen sechs bis acht Monaten werden die englischen Bergwerksbesitzer auf allen europäischen Märkten mit Hilfe der Regierungsunterstützung die deutsche Kohle in

Grund und Boden konkurrieren. Und die „geniale“ Taktik von Gusemann und seinem Freund Dr. Berger in Paris wird auf diese Weise dazu beitragen, daß in drei nächsten Jahren die Kohlenkrise in Deutschland sich noch verschärfen und die Kosten seiner „Wirtschaftsdemokratie“ müssen die deutschen Bergarbeiter und die gesamte deutsche Arbeiterschaft tragen.

Ueber „Wirtschaftsdemokratie“, über die „Demokratie“ Ausbeuter und Ausgebeuteten soll auf dem ADGB-Kongress verhandelt werden. Die Bergarbeiterführer Deutschlands und Englands haben zu diesem Thema gerade noch rechtzeitig ihre Beiträge geliefert. Sie können das englische Proletariat mit Stolz erfüllen. Für die deutsche Arbeiterklasse sind sie schmerzhaft. Dieser Unterricht wird aber trotzdem für die deutsche Arbeiterbewegung von Nutzen sein, wenn die Gewerkschaftsmittglieder daraus die einzig mögliche Lehre ziehen: „Demokratie nur zwischen den Arbeitern.“ Der (kapitalistischen) Wirtschaft gegenüber aber die gepanzerte Faust.“

Vom Tage

In Berlin haben die Zimmerer und in Chemnitz der Baugewerksbund, sowie der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Ablehnung des Schiedspruchs und Weiterführung des Streiks beschlossen.

Die 40000 Erzeiler der Zettlarbeiter sind noch immer ausgeharrt. Es ist ein neuer Vermittlungsvorschlag des Schlichters gemacht worden.

Die Fünfunddreißigjahrfeier des Turn- und Sportvereins „Fichte“ wurde zu einer großen Kundgebung für die Einheit der Arbeiterportbewegung. Trotz Sabotage der Luzerner marschierten mehr als 3000 Sportler unter ausschließlich roten Fahnen auf. Tausende von Arbeitern begleiteten den imposanten Zug.

Getreu fand in Berlin der China-Kongress der IAB. statt. Seit nahmen 800 in- und ausländische Delegierte und Gäste. Es wurde ein Telegramm an den IAB. einstimmig beschlossen.

Sämtliche Firmen der böhmischen Textilindustrie haben am Samstag ihre Arbeiterschaft (rund 50000) ausgeharrt.

Die belgische Regierung hat der noch nicht abgeordneten Antwort Briands auf die deutsche Sicherheitsnote vom 20. Juli zugestimmt.

Die Abstimmung der belgischen Metallarbeiter ergab mit 17800 gegen 9600 Stimmen für Fortführung des Streiks.

Der Kongress der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der Ende August zusammentritt, wird eine allgemeine Lohn-erhöhung um ein Pfund, eine wöchentliche Arbeitszeit von 24 Stunden (Bergarbeiter 36 Stunden), Nationalisierung der Straßen und Banken und Rationalisierung des englisch-russischen Handels fordern.

Die Friedensverhandlungen mit Abd el Krim sind gescheitert. Die französische Armee hat 40000 Mann Verstärkung erhalten. Außerdem ist ein französisch-spanischer Angriff geplant.

„Einseitige Amnestie“

(Sig. Richter.) Berlin, 17. August.

Unter dem „Einseitige Amnestie“ schreibt der Richter und Demokrat Brocaut M.S.R. in der „Vollst.“ einen Artikel, in dem es u.a. heißt:

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Amnestie einseitig ist, daß sie ungleich mehr Unheil über den Lager der Folde der Republik von rechts zugute kommt, als links. Es hängt das mit der immer wieder erbetenen überaus peinlichen Lasten zusammen, daß die deutsche Gerechtigkeit härter und härter zuschlägt, wenn sich Unheil über den links zu verantworten haben, als wenn es gegen solche von rechts geschieht.

Das gilt hinsichtlich der Art, wie hinsichtlich der Höhe der Strafen. Fälle, in denen gegen Rechtsradikale auf Zuchthausstrafe erkannt worden ist, sind nicht bekannt, die sind, wenn überhaupt, dann nur ganz vereinzelt vorgekommen; um so häufiger ist hier die Festungstrafe in Anwendung gebracht worden. Umgekehrt liegt es in den Fällen, wo es sich um Linksradikale handelt. Daraus ergibt sich ganz klar, daß eine Amnestie, die Zuchthausstrafen überhaupt nicht in sich schließt und die anderen Freiheitsstrafen nur bis zur Höhe von 2 Jahren, im Verhältnis ungleich mehr konzentriert zugute kommen muß, die sich gegen die bestehende republikanische Ordnung vergangen haben, um dem alten Staat wieder den Boden zu bereiten.

Welter heißt es dann, selbst der Volksparteiler Kahl habe dies anerkannt und wenigstens noch Zuchthausstrafen von einem Jahr unter die Amnestie fallen lassen wollen.

Ein Antrag der kommunistischen Landtagsaktion

Berlin, 15. August.

Die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag im Ständigen Ausschuss zu den Vorarbeiten gegen die Goldemonstranten eingebracht:

Die kommunistische Partei Deutschlands hatte die Berliner Arbeiterpartei am Sonntag, den 13. August, zu einer Demonstration zu dem Zollwächter und Steuerdruck auf verschiedenen Plätzen Berlins einberufen. Viele Tausende waren dem Aufruf gefolgt, um zu beweisen, daß sie nicht gewillt sind, kampflös die ihnen zugemutete ungeheuerliche Hungerkur auf sich zu nehmen. Eine Hungerkur so entsetzlich, daß sogar die Sozialdemokraten im Reichstag genötigt waren, wenigstens zum Schein dagegen zu opponieren. Merkwürdigerweise erschien unmittelfach, nachdem die KPD. zu den Demonstrationen aufgerufen hatte, eine Bekanntmachung, worin der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident gegen Demonstrationen vorzugehen drohte.

Schon bei dem Anmarsch der Menge trat die Polizei äußerst provozierend auf, ein Beweis, daß sie nach einheitlichen Vorschriften handelte. Allen diesen Provokationen zum Trotz nahmen die Kundgebungen einen ungestörten Verlauf. Die Polizei aber, die entsprechende Anweisungen hatte, geriet geriet über das Gelingen der Demonstration und über den gewaltigen Eindruck, den diese bei der Bevölkerung hatten, bereit in Wut, daß sie ohne jeden Grund an verschiedenen Stellen blindlings in die abziehenden Massen einbrach und sogar von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch machte. Ein Toter und zahlreiche Verletzte sind die Opfer dieser erneuten Polizeibrutalität. Wir beantragen hiermit, der Landtag wolle beschließen:

1. Der Berliner Polizeipräsident ist sofort seines Postens zu entheben und wegen Amtsmißbrauch unter Vorlage zu stellen.
 2. Der Erlass des Berliner Polizeipräsidenten, der das Vorgehen der Polizei veranlaßt, ist sofort aufzuheben.
 3. Es ist sofort anzuordnen, daß die Polizeibeamten weder im noch außer dem Dienst Schusswaffen benutzen.
- Die Beteiligten an dem Blutbad vom Sonntag sind zu entlassen und streng zu bestrafen.

Jetzt die Länder-Amnestie!



DIE ROTE HILFE NICHT

Durch die vom Reichstag am 12. August beschlossene Amnestie werden von den 7000 proletarischen politischen Gefangenen höchstens 150 aus den Kerker entlassen werden.

Die Reichsamnestie verdient deshalb kaum diesen Namen. Sie muß deshalb jetzt sofort durch die Länder-Amnestien ergänzt werden. Die Landesregierungen sind in keiner Weise gebunden an die Einschränkungen, die der Reichstag bei dem Erlass der Reichsamnestie gemacht hat. Für die Landesamnestien kommen auch eine Reihe von Straftaten in Frage, die der Beurteilung durch die Reichsgerichte nicht unterstehen und deshalb in die Reichsamnestie nicht aufgenommen wurden.

Die Landesamnestien werden aber nur dann, mehr als es durch den Reichstag gesehen ist, den revolutionären Gefangenen zur Freiheit verhelfen, wenn das deutsche Proletariat sich nicht mit der Scheinamnestie des Reichstags beruhigt, sondern sich im Gegenteil mit höchster Energie für die Landesamnestien und ihre Ausdehnung bis zur Vollamnestie einsetzt.

In Versammlungen und Demonstrationen müssen sie über ihre Behandlung vor Gericht und im Gefängnis der Arbeiterschaft berichten, sowie über die Sehnsucht und die Hoffnung, von denen die in den Kerker verbliebenen Kampfbrüder bejett sind, daß es der Arbeiterschaft gelingt, alle aus dem Gefängnis herauszuholen.

In allen Betrieben und Arbeiterorganisationen müssen Beschlüsse gefaßt und Delegationen gewählt werden, die den Landesregierungen und Landesparlamenten die Forderung auf Vollamnestie vermitteln. Die Unterschriftenlisten der Roten Hilfe für die Vollamnestie müssen in diesen Tagen Seite auf Seite von den Arbeitern mit ihren Namen gefüllt und dann den Parlamenten überreicht werden.

Wie der Milliardensteuerraub an den Arbeitern ausfieht

30 1/2 % sollen die vollgefressenen Junker und Junkergenossen aufbringen —
69 1/2 % die ausgehungerten Proleten

Der „Kampf“ der SPD. gegen den Steuerraub

Kontrolliert Eure Abgeordneten!

Die Sozialdemokratie behauptet immer wieder, für eine „gerechte Lastenverteilung“, d. h. wenigstens für eine teilweise Umwälzung der Massensteuern auf die Besitzenden einzutreten. So wenig dieser Standpunkt mit den proletarischen Interessen gemein hat — eine Arbeiterpartei hat nicht nur für „gerechte Besteuerung“, sondern für die völlige Beseitigung der Massensteuern einzutreten. — Die Sozialdemokratie nimmt es nicht einmal mit diesen beheldenen Massen an. Im Reichstag haben die sozialdemokratischen Abgeordneten u. a. gegen die folgenden Kommunitätsentwürfe gestimmt:

a) Beim Einkommensteuergesetz

1. Auf Aufhebung des Ausnahmegesetzes der Lohnsteuer und auf Gleichstellung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.
2. Auf Einräumung eines steuerfreien Existenzminimums von 3000 Mark für einen Ledigen und pro unterhaltenen Familienangehörigen um je 400 Mark ansteigend bis zur Gesamthöhe von 6000 Mark.
3. Nach Ablehnung dieses Antrages auf Einräumung eines Existenzminimums von 1200 Mark und später sogar 1000 Mark, trotzdem vor dem Kriege 1500 Mark als steuerfreies Existenzminimum gegolten haben.
4. Auf Bemessung der Werbungskosten und der abzugsfähigen Sonderleistungen auf je 300 Mark jährlich und später sogar von 250 Mark jährlich.
5. Auf scharfe progressive Heranziehung der hohen Einkommen bis 100 000 Mark und Einziehung der Einkommensteile über 100 000 Mark.
6. Auf Wiederin Kraftsetzung des Erbschaftsteuergesetzes.
7. Auf Festlegung der Rückstellungenpflicht der Finanzämter für zuvorkommende Lohnsteuern bei Beträgen über 1 Mark im Jahr, während nur Beträge über 5 Mark zurückgekehrt werden sollen.

b) Beim Körperschaftsteuergesetz

8. Auf Wiedereinführung der zehnprozentigen Sondersteuer auf die ausgeschütteten Gewinne der Erwerbengesellschaften.

c) Beim Vermögenssteuergesetz

9. Auf scharfe Erfassung der großen Vermögen mit Steuern bis zu 10 v. H. bei Vermögen über 10 Mill. Mark.
10. Nach Ablehnung dieses Antrages auf Wiedereinführung der Steuererbschaft aus dem Gesetz für 1922, die als Ersatz für das unerhobene gebliebene Reichsnotopfer dienen sollten.

d) Beim Erbschaftsteuergesetz

11. Auf Beschränkung auf zwei Steuerklassen und Aufhebung des Erbschafts für entfernte Verwandte.
12. Auf scharfe Erfassung der hohen Erbschaften und Einziehung aller Beträge über 500 000 Mark.

e) Beim Reichsbewertungsgesetz

13. Auf Besteuerung des landwirtschaftlichen Vermögens nach dem Ertragsfähigkeitswert.
14. Auf Berücksichtigung des Ertragswertes der buchführenden landwirtschaftlichen Betriebe nach dem ermittelten Ergebnis bei nichtbuchführenden Betrieben.
15. Nach sozial gerechter Zusammensetzung der Bewertungsschüsse unter Ausschaltung der Großagrarier und Heranziehung der Klein- und Mittelbauern und der Landarbeiter.

16. Auf Bewertung von Luxusgütern nach dem gemeinen Wert statt nach dem nachhaltigen durchschnittlichen Ertragswert.

f) Beim Verkehrssteuergesetz

17. Auf Aufhebung der Umsatzsteuer.
18. Nach Ablehnung dieses Antrages auf Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 0,5 und später sogar auf 0,75 v. H.
19. Auf Bildung von Veranlagungsausschüssen für die Besitzsteuern, in denen unterrichtete und sachkundige Betriebs- und Angestelltenräte und Kleinbauern-Delegierte entscheidend mitwirken.
20. Auf Verschärfung der Strafen für Steuerhinterziehungen über 5000 Mark, wobei im Rückfalle ein Jahr Zuchthaus die Mindeststrafe sein sollte.

g) Bei den Verbrauchssteuern (im Anschluß)

21. Auf Aufhebung der Zündersteuer.
22. Auf Aufhebung der Zündwaren- und Leuchtmittelsteuer.
23. Auf Aufhebung der Biersteuer.
24. Auf Aufhebung der Tabaksteuer.
25. Auf soziale Gestaltung der Weinsteuern zwecks Begünstigung der Kleinwinzer, die nur billige Weine produzieren.

h) Beim Finanzausgleichsgesetz

26. Auf Begrenzung der Friedensmieten auf 80 v. H. der Friedensmiete bis zum Jahre 1940.
27. Auf Gleichstellung des Eigentümerkapitalanteils an den Grundstücken mit dem Hypothekentitelkapitalteil.
28. Auf Eintragung einer Reichsgrundschuld auf sämtliche behaltene Grundstücke in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem gleichmäßig auf 25 Prozent abgewerteten Eigentümer- und Hypothekentitelkapital und dem derzeitigen tatsächlichen Wert der Grundstücke.
29. Auf sofortige fünfprozentige Verzinsung des gesamten derzeitigen Grundstückerwerbs.
30. Auf Beschaffung der Mittel zu einer raschen Wiederinstandsetzung der Wohnungen und einer wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßigen Neubau auf Kosten der sonst den Hausbesitzern zufallenden Milliardeninflationsgewinne.
31. Auf Sicherung von auskömmlichen Unterhaltrenten an die erwerbsunfähigen Inflationsoffer aus einem Teilertrag der Zinsen der geforderten Reichssicherheitsgrundschuld.

*

Die „Volksstimme“ und ebenso auch die übrige SPD-Presse bringt in letzter Zeit seitens der Berichte, Artikel und Abhandlungen über den Zollwucher und Steuerraub, wobei sie sich selbstverständlich hütet, ihren Lesern bekanntzugeben, wie der „Kampf“ aussieht, den die SPD-Führer im Parlament dagegen führen. In letzter Zeit wird den Lesern der SPD-Presse sogar in Balkenschrift die Wirkung der Zölle und des Steuerraubs vor Augen geführt.

Die „Volks. Stg.“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Steuern und Abgaben, die das deutsche Volk für das laufende Rechnungsjahr 1925, nach dem Vorschlag und den Ausschlußbeschlüssen des Reichstages an das Reich abführen soll. Es sind insgesamt

über 7 Milliarden Reichsmark

die aufgebracht werden sollen, davon Einnahmen des ordentlichen Haushaltes 649 868 001 Mark und des außerordentlichen Haushaltes 576 833 333 Mark.

In diesem Siebenmilliardenprogramm sind die von den Ländern und Gemeinden selbständig erhobenen Steuern nicht mit enthalten. Diese werden sich auf 2,1 Milliarden belaufen, so daß die gesamte Steuerlast mehr als 9 Milliarden betragen wird.

Wer trägt die Riesenlasten?

Alle indirekten (Verbrauchs-) Steuern werden zu mindestens 90 Prozent von den proletarischen Massen getragen, denn die Kapitalisten wälzen diese Steuern in Form von Preiszuschlägen auf die Waren, d. h. auf die Verbraucher ab, die sie nicht wiederum abwälzen können, auf die proletarischen Massen. Betrachten wir nun den außerordentlichen Haushalt des Reiches, der nach dem Vorschlag der Regierung rund 6 1/2 Milliarden bringen soll.

Direkte und Verkehrssteuern in R. M.

Einkommensteuer	1 700 000 000
Körperschaftsteuer	300 000 000
Kapitalertragssteuer	—
Vermögenssteuer	500 000 000
Vermögenszuwachssteuer	—
Erbschaftsteuer	36 000 000
Umsatzsteuer a) allgemeine	1 380 000 000
b) erhöhte	120 000 000
Grundbesitzsteuer	15 000 000
Kapitalverwertungssteuer:	—
a) Gesellschaftsteuer	30 000 000
b) Wertpapiersteuer	4 000 000
c) Börsenumsatzsteuer	96 000 000
d) Aufsichtsratssteuer	—
Kraftfahrzeugsteuer	60 000 000
Verkehrssteuer	30 000 000
Rennt- und Lotteriesteuer	60 000 000
Wechselsteuer	50 000 000
Beförderungssteuer	282 000 000
Gesamt	4 663 000 000

Zölle und Verbrauchsabgaben in R. M.

a) Verpfändete	
Zölle	365 050 000
Tabaksteuer	560 200 000
Zündersteuer	185 000 000
Biersteuer	174 000 000
Aus dem Branntweinmonopol	150 000 000
b) Andere	
Eßigsteuer	1 400 000
Weinsteuer	59 500 000
Salzsteuer	9 100 000
Zündwarensteuer	9 000 000
Leuchtmittelsteuer	6 900 000
Spiellkartensteuer	900 000
Statische Gebühr	1 000 000
Aus dem Süßstoffmonopol	1 700 000
Aus dem Mehrertrage von Steuern, Zöllen und Abgaben	100 000 000
Vom Reichsmonopolamt für Branntwein abzuführende Beträge	600 000
Beiträge aus Münzgewinn zur Dedung der Prägungskosten	8 474 668
Aus der Bewertung der Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft	145 833 333
Gesamt	1 778 658 000

In der hürgerlichen Presse wird die Einkommensteuer leichtweg zu den Besitzern gerechnet. Das ist natürlich Betrug. In der Einkommensteuer ist auch die Lohnsteuer, dieses Ausnahmegesetz gegen die Hand- und Kopfarbeiter, enthalten, und zwar macht die Lohnsteuer den Löwenanteil der Einkommensteuer aus. Im vergangenen Jahre betrug die Lohnsteuer 60,1 Prozent des Gesamtaufkommens bei der Einkommensteuer. Legt man dieses Verhältnis für das laufende Jahr zu

Lepopo, der Narr

Jean Galat

Aus der Bücherreihe „Die Signale“ Cassan-Verlag, Frankfurt a. M.

Wenn man sich glücklich fühlt und tiefe Freude die Seele überflutet, so ist man ein normales Wesen. Die anderen aber sind krank. Vergiß sie und sei glücklich, meine Didi.

Das war der einzige Gedankenaustausch, der zwischen Utacu und Didi stattfand. Utacu verlangte von Didi nur, daß sie ein schönes zärtliches Bild sei, eine helle glühende Vision der Lust, die schönste Rose unter den Rosen seines Gartens, ein göttlicher Schmuck inmitten der Zypressen und Lorbeeren des weißen Landhauses.

*

Lepopo besaß zwei Schwestern: Miella und Mielline.

Schon mit achtzehn Jahren hielt Mielline es für richtig, zu heiraten. Ihr Gatte war ein fetter Bürger, ein reicher Unternehmer, der zu den Honoratioren der Stadt gehörte.

Miella zählte fünfundsiebzig Jahre. Sie war ein seltsames Geschöpf, kompliziert, unverständlich, launisch und unlogisch, galt ihre ganze Liebe dem Bruder. Miella und Lepopo wanderten zusammen durchs Leben.

Eines Tages verkündete Lepopo Miella, daß er Künstler werden wolle. Sie flehte ihn an, es nicht zu tun, weinte. Lepopos Eigensinn erwachte, er beharrte auf seinem Entschluß. Allen Klagen und Tränen zum Trotz entschloß er sich: er wird Künstler werden.

Die Bildhauerkunst erschien ihm am vollkommensten, am besten geeignet, seiner harmonischen Idee Ausdruck zu verleihen. Er wird ein einziges Werk schaffen, den unsterblichen Zeugen seines Lebens und seiner Gedanken.

„Che Lepopo an die Arbeit ging, schrieb er zu seinen allen Lehrer Utacu. Der Brief ist uns erhalten geblieben.“

„Teurer Meister,

das Leben hat mit niemals sein lächelndes Gesicht enthüllt. Ich kenne nicht die in ihm verborgenen Glückseligkeit, doch ohne ich, daß es eine ungeheure donnernde Freude gibt. Die Menschen aber sind noch nicht weise genug, um aus diesem einen Quell der Trunkenheit und der Lust zu schöpfen.

Nach zahllosen Enttäuschungen und vergeblichen Suchen

erkannte ich, daß man die Dinge dieser Welt nicht begreifen sollte.

Ich will eine unendliche Klage formen, deren Schönheit ihr Unsterblichkeit verleiht. Ueberdrüssig der ganzen Welt, blieb mir nur eines, das ich Ihnen, meinem Lehrer, schulde: ich liebe die Schönheit. Der Schönheit will ich mich zuwenden, an sie ein verzweifeltes Gebet richten.

Vielleicht ist auch das sinnlos. Wahrscheinlich, wie ja alles auf unserer Erde. Dennoch werde ich dabei auf meine Rechnung kommen, wird mir doch diese Arbeit den einzigen Gemütschmerzen, den mir diese erstaunlich Welt zu bieten vermag.“

Voller Sorge erwartete Lepopo die Antwort. Sie kam geflossen, beruhigend:

„Mein Freund,

verlangst Du von mir einen Rat, oder benachrichtigst Du mich von einem Entschluß?

Was suchst Du? Das Glück? Ist das Glück irgendwo zu finden, so nicht in der Kunst, denn die Suche nach der Schönheit ist reich an Leiden. Ich liebe die Schönheit, dennoch versuchte ich niemals, ein schönes Werk zu schaffen.

Siehst Du, auch hier, wie bei allem Menschlichen, gibt es keine Gerechtigkeit. Du strebst voller Ehrlichkeit an, etwas Schönes zu schaffen, wirst nur mit Dir selbst zu Rate gehen, die Händler, Käufer und Kritiker verachten. Deshalb kannst Du auf keinen Erfolg hoffen. Man wird Dich verlassen, mit Schmutz beworfen, mit Füßen treten.

Freilich verlangte es Dich niemals nach Lob, Du suchtest nie nach Freunden. Schaffe denn Dein Werk mit ehelichem Glauben und lammere Dich um nichts anderes.

Was Du vorhast, ist keineswegs nützlich. Du wirst Dein Werk schön, die anderen aber werden es unbedeutend finden. All Deine Anstrengung wird unter dem kalten Ansehen des Himmels auch nicht einen Strohhalm von der Erde haben. Und eines Tages wird Dein Werk verschwinden. Vielleicht, daß vorher der Zufall in zwanzig Generationen zwei oder drei Herzen gefunden haben wird, die Dein Werk mit einem freudigen Lachen verhöhnen. Das aber wird der einzige Widerhall Deiner unvollkommenen Mühe sein.

Trotzdem, arbeite, mein Sohn, da Du in der Arbeit das Glück zu finden hoffst.“

Lepopo ging voller Glück an sein Werk

Er fornte in Ton eine lebensvolle Skizze: eine liegende Frau, den Blick starr vor unsäglich Qual, streckte in glühendem Flehen die Arme aus, erwartete von der Welt einen Lichtstrahl, ein Glückshoffen.

Lepopo widmete sein ganzes Leben diesem Werk.

*

Der glückliche Freundtag nahte.

Dieses städtische Fest ist den Toten und der Erinnerung geweiht; tote Wesen und tote Dinge finden im Gedächtnis Auferstehung. Das Leben feiert einen Sieg und neigt sich über die Bestiegten.

An diesem Tag werden die alten Feindschaften vergessen, um die Toten nicht zu trüben; deshalb öffnete Utacu allen alten Freunden die Tore seines Landhauses.

Auf dem Hofe drängten sich Raval, Miella, Mielline und Lila, die junge Tochter Miellines und Raval's, Lepopo und Parata, der Journalist, sowie Lohango, der angesehenste Bürger der Stadt.

Der heitere Utacu begrüßte die Gäste:

„Freunde, heute ist der einzige Tag, an dem Torheit und Glück in unserer Stadt erblühen. Wenn ihr meine Schwelle überschreitet, so werdet ihr eueren Streit und eueren Interessen vergessen.“

Raval, vergiß deine Unternehmungen.

Lepopo, vergiß auf einen Augenblick deine Pläne.

Parata und Lohango, vergesst euerer Berechnungen.

Miella und Mielline, Didi und Lila, singt, seid schön, heute ist der Tag der Toten.“

Inmitten der sonnenwarne Rasen, unter den Lorbeeren stand der Tisch bereit; auf schneeweißem Linnen, das Geranienzweige bedeckten, wurde das Festmahl eingenommen. Zu Beginn der Mahlzeit herrschte das den reinen gastronomischen Freunden unentbehrliche Schweigen. Beim Nachtisch, da alle gesättigt und die vollen Becher geleert waren, erhob sich Utacu und sprach:

„Das Fest geht seinem Ende entgegen. Nachdem uns ein Augenblick der erfüllende Strahl der Freude überflutet hat, kehren wir abermals zu unseren gewohnten Beschäftigungen zurück.“

Breien wir Gott dafür, daß an diesem Tage des Entzündens die Toten es nicht vermochten, den schweren Sargdeckel aufzustoßen und unser Glück zu verbürten. Vergebliche Angst! Ihr Schweigen ist tief, ihre Reglosigkeit wahrhaft ewig; sie werden nicht den letzten lärmenden Widerhall unseres Frohsinns hören.“

(Fortsetzung folgt.)

grunde dann wird sich die Einkommensteuer folgendermaßen zusammensetzen:

Lohnsteuer Nichtbeitr. 1.021.7 Millionen
Veranlagte Einkommensteuer (Beitr.) 678.3 Millionen

Also reichlich drei Fünftel der gesamten Einkommensteuer werden von den Hand- und Kopfarbeitern durch die Lohnsteuer aufgebracht, und nur knapp zwei Fünftel von den Besitzenden. In Wirklichkeit ist das Verhältnis noch viel krasser, weil es eine festsitzende Tatsache ist, daß auch von der veranlagten Einkommensteuer ganz erhebliche Teile auf Nichtbeitr. und kleine Leute (wie Kleinbauern, Kleingewerbetreibende, Angehörige freier Berufe usw.) entfallen, die ihrem Einkommen wie ihrer sozialen Lage nach zum Proletariat gehören und deren Einkommen somit auf das Konto des Nichtbeitr. gebucht werden müßte. Aber selbst ohne Berücksichtigung dieser Tatsache ergeben die Zahlen wie schon oben erwähnt, daß reichlich drei Fünftel auf die Besitzlosen entfallen.

Die ungeheure Belastung der Besitzlosen

Fassen wir nun die Klassensteuern und die Besitzsteuern geordnet zusammen, dann ergeben sich folgende Uebersichten:

1. Besitzsteuern

Veranlagte Einkommensteuer	678 300 000
Körperschaftsteuer	300 000 000
Kapitalertragssteuer	—
Vermögenssteuer	500 000 000
Vermögenszuwachssteuer	—
Erbchaftsteuer	36 000 000
Grundwerbsteuer	15 000 000
Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer, Wärfensumfahsteuer	130 000 000
Kraftfahrzeugsteuer	60 000 000
Verkehrssteuer	30 000 000
Wechselsteuer	50 000 000
Kennwert- und Lotteriesteuer	60 000 000
Weinsteuer	59 500 000
Zusammen	1 918 800 000

2. Massenverbrauchssteuern

Lohnsteuer	1 021 700 000
Umsatzsteuer	1 500 000 000
Beförderungssteuer	282 000 000
Zölle	365 000 000
Tabaksteuer	560 000 000
Zuckersteuer	185 000 000
Biersteuer	174 000 000
Branntweinmonopol	150 000 000
Effigialsteuer	1 400 000
Salzsteuer	9 100 000
Zündwarensteuer	9 000 000
Leuchtmittelsteuer	6 900 000
Süßholzwahl	1 700 000
Aus der Erhöhung der Zölle usw.	100 000 000
Zusammen	4 365 800 000

Von 828,6 Millionen Steuern, die aufgebracht werden sollen, entfallen auf die Besitzlosen nur 1918,3 Millionen, während 631,3 Prozent oder nicht mehr als 30,1 Prozent aller Steuern die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung aufzubringen haben.

Aber selbst wenn man zugibt, daß ein Teil der Verbrauchssteuer auch auf die Besitzenden fällt, weil sie ja auch Verbraucher sind, und man diesen Anteil auf 15 Prozent veranschlagt, müssen die Werktätigen mindestens 60 Prozent aufbringen. Diese Zahlen sprechen eine so klare Sprache, daß es geradezu ein unerhörtes Verbrechen ist, nicht noch in letzter Stunde die Sozialdemokraten zum Kampf auch wirklich auf die Entfesselung des Generalstreiks umstellen.

Wir haben vorher schon an den Auffassungen der „Leipziger Volkszeitung“ gezeigt, daß die „Linken“ die Größe der Gefahren, die das wertvolle Volk bedrohen, durchaus erkennen, aber wenn diese Opposition nicht eitel Schaumfläger sein soll, dann hätten die „Linken“ alle Ursache gehabt, in den letzten Tagen zu zeigen, daß sie nichts gemein haben wollen mit ihren „Loyalen“ Oppositionseroffen. Aber bis zur Stunde haben sich die Linken ebensowenig zu Taten aufgerafft, wie die rechten „Kämpfer“. Klare Aufgabe muß es jetzt sein, die sozialdemokratischen Arbeiter zum Handeln zu bewegen. In den Betrieben und in den Gewerkschaften muß jetzt die Frage des aktiven Eingreifens in den Klassenkampf besprochen und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um außerhalb des Parlaments den Sturm der Arbeiterklasse zu entfachen, der allem insstande ist, die Rettung des Proletariats zu garantieren.

„Arbeiterführer“ und Glabenboge

Alter Tradition in der Sozialistischen Partei Frankreichs folgend, die eine reiche Blütenlese von Renegaten hervorgebracht hat, hat der bekannte Sozialist Alexander Barenne von Painlevé den Posten eines General-Gouverneurs von Indo-China angenommen. Der Arbeiterführer macht sich damit zum aktiven Mithilfenden an der französischen Kolonialpolitik, über deren Qualität nach den Vorgängen in Marokko ja nirgends Zweifel bestehen.

Barenne nahm seine Würde allerdings an, ohne vorher seine Partei zu fragen. Und in dieser, selbst in den Führerkreisen, war eine Bewegung für den Ausschluß von Barenne zu verzeichnen. Warum wollte man ihn fallen lassen? „Der selbstlose und treue Mann aus dem Volke, der seinen Beitrag bezahlt und sich in aufopfernder Wirksamkeit ohne Unterlaß der Arbeit für die Partei hingibt, muß über derartige epochenmachende Defektion entrüstet sein. Verbittert fragt er sich, ob er dafür seine Zeit, seine Lebens- und Schaffenskraft der guten Sache gewidmet hat, daß er schließlich seine Führer auf goldene Throne steigen sieht, von wo aus sie die Erpressungen in ihrem Kolonialreich leiten und das Treiben der üblen Gesellschaften beschützen, welche jene weiten, dem abendländischen Imperialismus zum Opfer gefallenen Gebiete bis aufs Mark ausaugen.“ Das faugt Paul Faure, ein „Einser“ und Antimilitarist — die Jurcht, sich zu sehr vor den

Massen zu entfachen, war der Grund, warum man mit „energetischen Maßnahmen“ gegen Barenne, den Vizekönig von Indo-China drohte.

Es ist bei der Drohung geblieben! Am Sonntag fand der Kongreß der Sozialistischen Partei des Seine-Departements statt. Auf ihm wurde die Angelegenheit Barenne zur Sprache gebracht. Er erhielt eine scharfe Tadel, bleibt Mitglied der Sozialistischen Partei und Senator der Eingeborenen von Indo-China.

Die deutsche sozialdemokratische Presse hat ein wenig gegen das Vizekönigtum Barennes Sturm gelaufen. Ob sie das Ergebnis des Seine-Kongresses den Arbeitern mitteilen wird? Sie kann es ruhig tun. Noske und Börsing haben nicht einmal einen Tadel bekommen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserat: Artur Müller, Breslau.
 Verlag: Schließliche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
 Druck: Neuwag-Verl. in Trudereffilade Breslau.

Nervöse, wacht auf!

Sie fühlen sich abgespannt, leiden unter Kopfschmerzen, Gedächtnisschwäche, leichter Erregbarkeit, Schwindelanfällen und bedenken nicht, daß diese Erscheinungen schleichende Vorposten weit schlimmerer Leiden sind.

Lassen Sie sich die Augen öffnen!

Schwere Nervenleiden wie Neurasthenie, Hysterie, Hypochondrie können in den meisten Fällen durch rechtzeitige Einnahme des Nervennährmittels Dr. med. Campe's „Nervanol“ vermieden werden. Leiden tun aber die meisten Nervösen erst dann etwas für ihre Nerven, wenn sich bereits unheimliche Erscheinungen wie: Flimmern der Augen beim Lesen, Zittern der Hände und Füße, Taubheitsgefühle, Herzklopfen, schwere Träume, Ziehen und Schmerzen in den Gliedern, Ameisenlaufen in Armen und Beinen, Kreuz- und Rückenschmerzen, Muskelschmerzen, Zwangsvorstellungen aller Art eingestellt haben.

Aber auch jetzt ist noch Rettung möglich!

Hören Sie, wie Geheilte über „Nervanol“ urteilen:
 „Seit ich Nervanol nehme, fühle ich mich wohler, bin ich ein ganz anderer Mensch... komme ich mir wie neugeboren vor... das Unlustgefühl ist verschwunden, ich habe wieder Freude an meinem Beruf. Ich fühle mich so stark, daß ich Bäume ausreißen könnte.“
 „Ich litt jahrelang an Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und infolgedessen an einer derart starken Gemütsdepression, daß ich einen Ekel am Leben empfand und mich mit Selbstmordgedanken befreundete. Mit dem letzten Funken von Energie machte ich noch einen Versuch mit Nervanol, nachdem ein monatelanger kostspieliger Aufenthalt in einer Nervenheilanstalt ohne jeden Erfolg geblieben war. Nach Gebrauch von 8 Schachteln spürte ich eine dauernde Besserung und fühle mich seither so gesund wie nie zuvor. Meinem Freunde, der infolge vieler Schicksalsschläge ebenfalls an einem schweren Nervenleiden litt, riet ich schließlich ebenfalls zu Nervanol. Zur unaussprechlichen Freude seiner Angehörigen leitete er heute wieder sein großes Unternehmen und dankt dies ach Gottes Hilfe einzig und allein nur ihrem Nervanol.“

Sie wissen jetzt, wo Ihre Rettung finden!
 Legen Sie noch heute den Grundstein zu einem glücklichen Leben indem Sie Dr. med. Campe's „Nervanol“ kennen lernen. Denken Sie nicht: das hat noch Zeit, oder gar: bei mir hilft ja doch nichts, sondern schreiben Sie lieber gleich heute eine Karte an die Fa. Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N. Sie erhalten dann sofort kostenlos und franko eine Gratisprobe Nervanol nebst einer Broschüre über Nervenleiden.

Schauspielhaus

Operettenbühne
 Telephon Ring 255

Gesamt-Gastspiel des Wiener Ronacher-Theaters

Täglich 8 Uhr:

„Der Die Das!“

Große
 Ausstattungs-Revue
 in 21 Bildern.

Einmaliges Angebot!

Holländischer Rauchtobak

Kanaster
 100 g-Paket . . . 0.20 Mk.
 250 g-Paket . . . 0.50 Mk.

Verkauf nur solange Vorrat

Loepold Siedner, Zimmerstraße 1

Der Gipfel

der
 Billigkeit
 sind meine jetzigen
 Ausnahme
 Angebote

Blendend schöne
 Fassons
 zirka
 600 Kleider
 aus Voal, Musseline
 Foulard, Crepe de
 Chine, Waschseide
 Wollstoffen usw.

zirka 500
 schicke
 Kostüme

und
 Mäntel
 Sport-Westen

Imprägnierte
 Regen- und
 Gummi-Mäntel

Gewaltige
 Preisermäßigungen

Fine
 Gelegenheit
 Qualitäts-Waren
 beispiellos billig
 einzukaufen

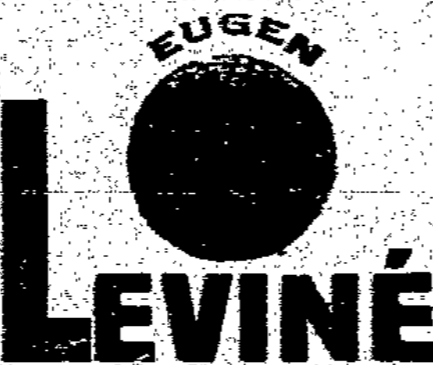
Breslavs bekanntes
 Lager-festlich
B. Alehner

55 Albrechtstraße 55

1. und 2. Stock

Möbliertes Zimmer sofort gesucht

Offerten an
Artur Müller
 Breslau 10
 Trebnitzer Straße 50



SKIZZEN,
 REDE VOR GERICHT
 UND ANDERES

Das Buch enthält Skizzen Eng- u. Levinés aus seiner Kanzlei, die nützliche Reden dieses praktischen Rechts vor dem Stadgericht in München und anders.

Für Mitglieder . . . 1.00 Mk.
 für Nichtmitglieder . . . 1.50 Mk.

VERLAG DER
 JUGENDINTERNATIONALE
 Reda-Schöberg, Poststraße 65

Zu beziehen durch:
 Frankfurter Literatur-Vertriebsstelle
 Leipzig
 Max Zschocher
 Breslau 10, Trebnitzer Str. 50
 Postcheck-Konto Nr. 31 576

Junges Mädchen

Schneiderin
 in 2. bis 3. Jahre erlernen will, melde
 sich sofort bei Rentwig, Albrechtstr. 56.

Keine Wanzen mehr für 75 Pfg.

Nur mit „Pinessal“ zu erreichen. **Pinessal ist kein Gift**, weder feuergefährlich, noch übelriechend. Ist sehr ergiebig, weil es noch mit 1/2 Liter Wasser zu verdünnen ist. Die Herstellerin zahlt **100 Mk. Prämie** wenn nicht sofort sichtbarer Erfolg.

Zu haben in der
 Neumarkt-Drogerie, Neumarkt 18
 O. Reymann
 Konsum-Drog., Friedr.-Wilh.-Str. 27
 H. S. Schmidt
 Linker-Drogerie, Scheitnigerstr. 23
 Wilhelm Ruppelt
 Gneisenau-Drog., Gneisenauplatz 4
 C. Schilling
 Schiesswerder-Drogerie, Schiesswerderstrasse an der Kohlenstr.
 Friedrich Bohnwagner

Biochemie
 Dr. med. Schaller Naturheilverfahren
 Homöopathie, gynäc. Pflanzenstoffe
 und Kräuter-Kuren
 R. Rettelbach, Teschstr. 12, Tel. Ohle 8164
 Sprechstunden 9-12 a. m. - 5-6. So. - 10-12

Hammel-Konsum

Telephon Ohle 9007
 Taschenstrasse 3/5
 Ecke Ohlauer Straße
 Empfehlung zur Gemüsezeit
 von heute ab bis Mitte
 nächster Woche

Mast-Hammelfleisch

Brust, Kamm u.
 Dünung . . . 1.00
 Rücken, Keulen
 Blätter . . . 1.10

Robert Hofmeister Jauer-Neumarkt

Vorteilhafteste Bezugsquelle für
 Fahrräder / Nähmaschinen / Motorräder

Leser!

die den leghin abgedruckten
 Roman

„Ein Arbeitermädchen“

von Otto Müller Glöza
 in Buchform besitzen möchten,
 wollen sich per Postkarte an
 den unterzeichneten Verlag
 wenden.

Wer den Roman bis 31. Aug.
 bestellt, erhält ihn zum Vor-
 zugspreis von 2 Mark nach
 Fertigstellung der Buchaus-
 gabe etwa Ende September.

KALMEUSER VERLAG RAUNHEIM/MAIN

Stenotypistin

sofort gesucht
 Verlangt wird: Vollständige Beherrschung
 der deutschen Sprache, Debatenschrift
 200 Silben, gute Vorbildung und Allge-
 meinkenntnisse. Schriftliche Offerten mit
 Zeugnisabschriften und Bild bis zum
 20. August an die
 Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
 Breslau 10, Trebnitzer Strasse 50

Soziales

Sollränder auf Urlaub

Der Deutsche Reichstag hat sich bis November vertagt. Das liegt nun in den Händen herum — am Ostseestrand und am Nordseestrand — ne Importe und was fürs Herz in der Hand Selbst Mutti ist vor Willgefähl stumm, wenn Datt, nachdem er ausgepennt, Aneshdichen erzählt aus dem Soll-Parlament. Es tröfft ihm der Schweiß wie siebzig vor Spichern beim Vaterland vor der Viehle-Spichern! Das Millionen darben — was ihm das schert: Das Volk ist des Schweißes der Edlen n. S. wert. Außerdem: So'n bißten Hunger ist Medizin — das heißt: Für die Masse, nicht etwa für ihn! Slang.

Dem Hunger entgegen

Durchgepeitscht sind die Hungerzölle, durchgepeitscht mit Hilfe von Severings Polizei und durch die getreue Mithilfe der Volksblockpartei, des Zentrums, welches sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, in die Reihen der schwarz-weiß-roten Ausbeuter zurückgefunden hat. Am 1. Oktober werden die Zölle eingeführt. Hungerzölle, die speziell für die hiesigen Industriearbeiter eine ungeheure Verschärfung des Elends bedeuten. Zieht man dabei noch die im Winter gesteigerten Ausgaben für Brennstoffe und Licht in Betracht, so muß jeder Arbeiter, Angestellter und Beamte erkennen, daß ihm ein Hungerwinter bevorsteht. An eine Umfassung warmer Winterkleidung ist bei den gezahlten Elendslöhnen schon gar nicht zu denken. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Führer haben es nicht für nötig befunden, die Auspflanzungspläne der reaktionären Regierung durch die Einsetzung der Macht ihrer Organistionen zu verhindern.

Dies muß anders werden!

Nunmehr, wo dank dieser Schlawheit die Raubpläne Wirtschaftlichkeit werden, nun gilt es zu kämpfen für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Erwerbslosen, deren Zahl täglich steigt, die in diesem Hungerwinter das größte Elend zu tragen haben, sie müssen sich zusammenschließen mit der übrigen Arbeiterkraft und gemeinsam kämpfen. Der letzte Arbeiter muß hinein in die Gewerkschaften und den reformistischen Führern Klar machen, daß er sich nicht willenlos in noch tieferes Elend hinabdrücken läßt. Und daß dieser Wille zum Kampf wächst, dazu soll die Aufklärungsarbeit der Klassenbewußten Arbeiterkraft beitragen. Sagt den Unwissenden, den christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern, was ihnen bevorsteht. Zeigt ihnen Mittel und Wege zur Bekämpfung des kommenden noch größeren Elends. Sorgt für weiteste Verbreitung der kommunistischen Zeitung. Den drohenden Hungerwinter gilt es abzuwehren durch eine einige, geschlossene Klassenfront des gesamten deutschen Proletariats.

Großfeuer in Breslau

Ein schweres Schwadenfeuer brach am Sonnabend gegen 5 1/2 Uhr nachmittags in dem Grundstück Schußbrücke 54 aus. In diesem Hause hat die Firma Julius Hufstein ihre Geschäfte und Welsches Lager. Das Feuer brach im Dachstuhl aus und nahm bald eine solche Stärke an, daß auch die beiden darunter gelegenen Geschosse in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Boden hatten als Striptiserebden Verwendung gefunden, auch lagerten auf ihnen Emballagen, so daß das Feuer reichliche Nahrung fand. Die Verbindungsstrepfen zwischen den einzelnen Geschossen waren bald zerstört. Die Feuerwehr, die kurz nachdem der Brand bemerkt worden war, mit drei Löschzügen, unter Führung von Branddirektor Dr. Kaiser und Ingenieur Hoffmann eintraf, brang mit Hilfe der Magistrateiler an den Brandherd vor. Hierbei brachen zwei Feuerwehrlösch durch den morschengewordenen Fußboden des obersten Geschosses durch, ohne erheblichen Schaden zu nehmen. Die Löscharbeiten währten etwa eine Stunde, die Aufräumarbeiten zogen sich noch mehrere Stunden hin. Der angerichtete Materialschaden ist bedeutend, die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Zum Doppelwurd in Bischofswalde

Berichtet die Telegramm-Agentur: Die sensationelle Morbaffäre hält die Öffentlichkeit weiter in Aufregung und täglich wandern hunderte nach der Billa-Lobnitz Bischofswalde, um die schön gelegene Villa Rosen, dem herrlichen Gartenanlagen umgeben und mit dichtem Laub vorherrscht, zu sehen. Durch diese schreckliche Vernehmung des Dienstmädchens Marie Grabsch scheint die düstere Affäre in ein etwas verändertes Licht gerückt zu werden. Das Dienstmädchen will durch den Herrn im Hause ausgewacht sein und deutlich die Rufe von fremden Männerstimmen gehört haben: „Definen, wie wir schliefen!“ In ihrer Angst beklidete sich das Mädchen nicht und kauerte versteckt im Zimmer, um sich etwaigen Eindringlingen gegenüber unsichtbar zu machen. Erst als sie die Stimmen der Stockchen Eheleute hörte, öffnete sie ihr Zimmer und erfuhr, was vorgegangen war. Die Wahrnehmung, daß fremde Männer die Drohtüre aufstießen, will das Dienstmädchen vor Gericht unter Eid nehmen. Das Dienstmädchen war übrigens Prof. Rosen gegenüber eine Vertrauensperson, die der Neumann ein Korn im Auge war. Kein Dienstmädchen hielt es vorher länger als vier Wochen aus, während Marie das volle Vertrauen des Professors erungen hatte. Daß bei der Neumanns Verhaftung dadurch geweckt wurde, erweist sich, denn Prof. Rosen machte mit Marie mehrfach Zusätze. Am letzten Weihnachtsfest äußerte sich das Dienstmädchen, daß sie bisher bei keiner Herrschaft mit Weihnachtsgechenken so reichlich bedacht worden sei, als bei Prof. Rosen. Die Hausfrau Neumann wie auch ihre Tochter, Frau Architekt Standke, blieben im Hause die Damen und Kammern sich in keiner Weise um den einsamen aber umfangreichen Haushalt. Bis vor etwa zwei Jahren lebte auch noch die Mutter der Neumann bis zu ihrem Ableben im Hause des Professors Rosen. Ueber das Zusammenleben Prof. Rosens mit der Hausdame Neumann verlautet, daß öfters Zerwürfnisse den Prof. Rosen bestimmten, namentlich außer Hause zu essen und erst des Abends zurückzukehren, ohne ein Wort zu wechseln. Ueberhaupt schien Prof. Rosen sich seit langem nicht mehr in der Umgebung wohl-

hatte den Vorgang des Herabsteigens am prorsdorfschen Strich (aus Versehen und Varn) zu wiederholen und wurde am Grundboden von Kriminalbeamten aufgefangen, damit sie nicht verunglückte. Vorgehalten wurde ihr auch, daß es doch verständlicher gewesen wäre, durch die viel näher gelegene Gartenstrich in den lichtbelaubten Garten zu klettern, als den unwirtlichen Rahnchenfall als Zufluchtsort für die ganze Nacht zu wählen.

Die Wissa ist bisher noch vollständig abgeberit. Nur das Dienstmädchen hat Zutritt, um die vier Hunde und das Geflügel zu füttern. Die weiteren Vernehmungen der Neumann vor dem Untersuchungsrichter sind aufgenommen worden, bewegen sich aber auf dem bisher Bekannten. Ueber das Zusammenleben des Professors mit der Neumann gibt diese nach wie vor keine Auskunft.

Aus der Provinz

Der Bahnhof Rabishau eine Menschenfalle

Zu dem Eisenbahnunglück auf der Strecke Hirschberg-Görlitz. Zum Rabishauer Eisenbahnunglück macht der „Boten aus dem Niesengebirge“ folgende interessante Ausführungen. Er schreibt u. a.: Das Unglück, das schwerste, das in unserer Gegend bisher zu verzeichnen ist, ereignete sich gegen 3 1/2 Uhr morgens. Auf dem Bahnhof Rabishau herrschte ziemlich Ruhe. Dichter Nebel umschloß alle Gegenstände. Ein Güterzug ist im Begriff, mit der Fahrtrichtung nach Lauban von dem Hauptgleis auf ein Nebengleis zu rollen. Die letzten Wagen befinden sich noch auf dem Hauptgleis. Die Signale draußen stehen auf „Reine Einfahrt“. Plötzlich das Brausen eines unermutet von hinten in scharfem Tempo herannahenden Güterzuges und gleich darauf erdröhnt ein ohrenbetäubendes Krachen. Die aufgehende Sonne beleuchtet ein Bild grauenvoller Verwüstung. Die elektrische Maschine des aus Richtung Hirschberg gekommenen Zuges hatte sich mit ungeheurer Wucht in die Schließwagen des anderen gehohrt. Dabei war ein Tankwagen mehrerho in die Luft geschleudert worden und lag nun zerquetscht auf den gleichfalls zusammengeschroteten, schiefgestellten und arg verbogenen vorderen Waggons. Einen noch schlimmeren Anblick bot der zertrümmerte Teil des ausgefahrenen Zuges. Die Lokomotive war wegen ihrer stabileren Bauart noch verhältnismäßig gut davongekommen. Aber die ihr folgenden Wagen hatten sich buchstäblich übereinander gestürzt und bildeten einen einzigen haushohen Trümmerberg. Ein chaotisches Gewirr gebrochener Räder, zertrümter Eisenstangen, voll-

Rehmt Euch ein Beispiel!

Für die Vorkammettie sammeln Unterstärkten:
Genosin Hoch 566
Ruffsch-Sarkisch 458
Gärtner-Görlitz 225
Und Du?

ständig zerplitterter Wagenwände usw. Das Ganze ist mit Kohl, der als Ladung mitgeführt wurde, weiß überhäuftet. Der Zusammenprall muß mit unsagbarer Gewalt erfolgt sein. Die Schienen waren aufgerissen und die Oberleitungsdrähte hingen durchbrochen hernieder.

Leider sind, wie schon gesagt, dem Unglück auch Menschenleben zum Opfer gefallen. Getötet sind der Reserve-Lokomotivführer Schammel und der Oberwasserwart Gittig aus Schlauroth bei Görlitz, die sich im Badewagen hinter der Lokomotive aufhielten. (Der anfangs vermisste Lokomotivführer Berner aus Hirschberg wurde später ebenfalls tot unter der Lokomotive aufgefunden. Die Red.) Nach Aussage des Heizers ist der Lokomotivführer abgesprungen.

Kurze Zeit nach dem Zusammenstoß trafen Hilfszüge ein. Die Aufräumarbeiten gestalteten sich jedoch wegen des schier unentwirrbaren Trümmerhaues äußerst schwierig. Der Haufen muß durch Maschinen Stückweise auseinandergerissen werden. Die beiden Leichen, von denen die eine mit den Beinen nach oben gerichtet steht, sind demachen eingeleist, daß man sie bisher noch nicht hat befreien können. Der Verkehr ist bisher durch Umleitungen aufrechterhalten worden.

Die Schuldfrage ist, wie gesagt, noch nicht ganz geklärt. Festzustellen ist vorläufig, daß die Signale „Halt“ geboten, daß es sehr neblig war und der ankommende Zug eine große Geschwindigkeit hatte. Festgestellt werden muß aber noch ein anderes: daß der Bahnhof Rabishau unter den Eisenbahnern wegen seiner Unübersichtlichkeit gefürchtet ist. Es ist auch wohl kein Zufall, daß auf dem Bahnhof Rabishau wiederholt Unfälle vorgekommen sind.

Das letzte Unglück ereignete sich am 30. September 1919. Mehrere Waggons wurden damals zertrümmert. Noch folgenreicher war ein Zusammenstoß am 31. Oktober 1906. Nicht weniger als lieblich Wagen und zwei Lokomotiven wurden bei diesem Unfälle beschädigt. Dieses Unglück, bei dem eine rangierende Maschine einem Güterzug in die Flanke gefahren war, kam damals zur gerichtlichen Verhandlung und in dieser Verhandlung erklärte Geheimrat Sud, jahrelang Leiter der Eisenbahnbetriebsämter Görlitz, dem der Bahnhof Rabishau untersteht, als Sachverständiger, daß er beim Passieren des Bahnhofes Rabishau regelmäßig ein unangenehmes Gefühl gehabt habe, denn dieser Bahnhof sei unübersichtlich und daher gefährlich. Dabei hätten sich die Verhältnisse, seitdem er (der Sachverständige) aus dem Dienst geschieden sei, noch verschlechtert und erst seit dem Unfall im Jahre 1906 habe er eine ganze Reihe von Birken, die den Bahnhof noch unübersichtlicher machten, beseitigt.

Diese nicht mißzuverstehende Warnung des als Sachverständiger anerkannten Geheimrat Sud scheint leider von der preussischen Staatsbahnverwaltung in den Wind geschlagen worden zu sein. Ganz neuerdings ist zwar an der Hirschberger Seite des Bahnhofes mit dem Bau eines Stellwerks begonnen worden. Sonst aber sind trotz der bereits vor zwanzig Jahren erkannten Gefährlichkeit des Bahnhofes die Verhältnisse in Rabishau im wesentlichen un verändert geblieben. Ist es, darf wohl gefragt werden, nun lediglich ein Zufall, daß das Unglück am Sonntag sich genau an derselben Stelle, wie jenes vom Jahre 1906 ereignet hat? Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf klare und zweifelsfreie Antwort! Weiter muß gefragt werden, weshalb ist trotz jener vor zwanzig Jahren ergangenen Warnung nicht grundlegend Wandel geschaffen worden? Und was gedenkt die Eisenbahnverwaltung jetzt, nachdem die Gefährlichkeit dieses Bahnhofes aufs neue durch die heillosen Katastrophen darzulegen ist, zur Sicherung des Verkehrs?

Gallensäge, sondern auf belebte Personensäge am Sonntag vorlammengefahren waren.

Langensie. Gründung des Roten Frontkämpferbundes. Am vorletzten Sonntag wurde auch hier in unserer Gegend eine Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes unter Mitwirkung von Mitgliedern auswärtiger Ortsgruppen gegründet. Am 10. Uhr vormittag marschierten die angekommenen auswärtigen Frontkämpfer durch unseren Ort bis nach Schosdorf, woselbst sich eine Anzahl Schosdorfer und Greiffenbergger Kommunisten ihnen anschloß. Unter Mitwirkung von zwei roten Fahnen und Gelang revolutionärerlieder ging es durch Schosdorf wieder nach Langensie zurück und um 3 Uhr nachmittag fand eine öffentliche Gründungsversammlung statt. Kamerad Gelsler-Görlitz führte den Anwesenden Zweck und Ziele des RFB vor Augen und betonte, daß die Regierungen der kapitalistischen Weltstaaten wieder zu einem neuen Kriege gegen das arbeitende Volk im Roten Frontkämpferbund zusammenschließen, welcher auf seine Jahre gelebt hat. Krieg dem imperialistischen Kriege. Am Schluß ließen sich 19 Kameraden als Mitglieder einschreiben, und am 21. August findet die erste Mitgliederversammlung statt. Es geht auch hier vorwärts.

Jauer. Republikanische Verfassung. Wie überall im Reich, so haben auch hier die republikanischen Parteileuten zu einer Verfassungsfeier nach dem Schäfershaus aufgerufen. Denn so gut wie die sozialdemokratischen Führer im großen Volk mit den Brotwucherpartei abgekliffen haben, so nimmt es auch niemanden Wunder, wenn auch die kleinen Führer der SPD, die ja sowieso schon im katholischen Vereinshaus ihre Versammlungen des Reichsbanners abhalten, es sich nicht nehmen lassen, mit dem Bürgerium glänzende Feste zu veranstalten. Ein recht interessantes Bild bot sich bei dieser Feier, weil der größte Teil der in Scharen nach dem Schäfershaus strömenden Republikaner in welchen Westen und Grad erschienen, also daß wohl anzunehmen ist, daß diese Teilnehmer, mit denen sich die sozialdemokratische Presse breit machen wird, keine abgemagerten Proleten waren, sondern gutgenährte Bürger, die alle Ursache haben, Feiern zu veranstalten, während Mitglieder des Reichsbanners in schlichten Arbeiterkleidern und ihrer Reichsbannermützen im Stadtpark saßen, um von weitem den Klängen der Musik zu lauschen, weil ihnen das Geld nicht langte, um sich einen Schoppen Bier zu kaufen. Ein anderer Teil der Arbeiter aber hat an diesem Tage die republikanische Verfassungsfeier zu Hause bei seiner Rinderstark bei Mol und Elend verbracht. Deshalb war es auch selbstverständlich, daß diese vor Wollust quiesenden Bürger es ablehnten, den Gesängen des Arbeitergesangsvereins zu lauschen, sondern, so „deutsch“, wie die Republikaner nun einmal sind, so mußten auch die Männergesangsvereine durch wälderländische Lieder das Fest verschönern. Welcher Arbeiter will jetzt noch behaupten, die SPD sei eine Arbeiterpartei, wenn er sich die Führer derselben vom größten bis zum kleinsten betrachtet? Heraus aus der SPD. Heraus aus dem Reichsbanner. Stärkt die Reihen der roten Klassenfront gegen Brotwucher und Steuerraub. Tretet ein in die RPD, lest die kommunistische Zeitung. Stärkt die Reihen des Roten Frontkämpferbundes.

Görlitz. Ein recht klägliches Bild zeigte der am Sonntag als Auftakt zur Verfassungsfeier gedachte und angesagte Massenaufmarsch des Reichsbanners von Görlitz und Kreis Lauban. Den Görlitzer Arbeitern bot sich ein Bild, wie es wohl niemand erwartet hatte. Man hatte den Görlitzern immer erzählt, daß das Reichsbanner allein eine Stärke von 13—1500 Mann in Görlitz hätte. Wie es sich aber am Sonntag zeigte, scheinen diese nur auf dem Papier zu stehen. Der Massenaufmarsch, denn so scheint man wohl das Zuglein zu nennen, welches sich durch die Stadt bewegte, zählte sage und schreibe 650 Mann n. Die Hälfte davon waren von auswärtig. Es waren wahrscheinlich die achtzehn Ortsgruppen, welche mitanzuwesen sein sollten. Oder sollten sie vielleicht das Kommen verpassen haben? Alles in allem scheint es tatsächlich nicht mehr so weit her zu sein mit dem stolzen Reichsbanner. Es muß ja auch mit der Zeit der dümmste Arbeiter schlau werden und leben, wo es hingehet, wenn man nicht als Arbeiter unter sich bleibt und mit solchen Leuten in Reich und Glied geht, die dafür sorgen, daß dem Arbeiter der letzte Bissen Brot noch verteuert wird. Kameraden, macht diesen schwarz-rot-goldenen Kummel, wie ihn auch das Reichsbanner geflern wieder gezeigt hat, nicht länger mit. Tut auch den letzten Schritt und bekennet euch zu euren Klassenbrüdern. Reicht euch ein in die rote Front der Klassenbewußten Arbeiter.

An alle Ortsgruppen des Unterbezirks Görlitz

Es ist uns gelungen, die Genosin Erule Hoels, welche erst vor kurzem wieder aus dem Gefängnis entlassen worden ist, für unseren Unterbezirk zu gewinnen. Die Ortsgruppen haben nun wie folgt die Mitgliederversammlungen einzuberufen:

- 18. August Gollm.
- 19. " Bunzlau.
- 20. " M.-Bartau.
- 21. " Görlitz.
- 22. " Deutsch-Ost.
- 24. " Rauscha.

Die Genossen des RFB, der FLS, der RS und die Zeitungsgesellen sind einzuladen. Unsere Genossen haben restlos zu erscheinen. Genossen, sorgt für einen guten Besuch!

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. — Dienstag, 18. 8. abends 7 30 Uhr Probe im „Roten Bären“

Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

Industrie-Gruppe Bank und Handel, Jugendversammlung Montag, 17. 8. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 187.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Mittwoch, 19. 8. Mitgliederversammlung der RFB und Jungkomm. 10 Uhr morgens in der Zeitung betriebsgebäude. — Gruppe Zentrum, Montag, 17. 8. abends 7 30 Uhr Gruppenversammlung im „Roten Bären“, unverschämtheit. — Gruppe Süd, Dienstag, 18. 8. außerordentliche Mitgliederversammlung. Gruppenmitglieder sind mitzubringen.

Versammlungsanzeigen

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien.

„Ohne elserne und im Kampf gestählte Partei, ohne Partei, die das Vertrauen alles dessen, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, genießt, ohne Partei, die die Stimmung der Massen zu verfolgen und auf sie einzuwirken versteht, ist es unmöglich, einen Kampf zu führen.“ (Lenin.)

Was wir wollen!

I. Seit vielen Monaten tragen wir uns mit dem Gedanken der Herausgabe eines Diskussionsorgans für alle Funktionäre und Parteiarbeiter im Bezirk Schlesien. Die Notwendigkeit eines solchen Funktionärblattes braucht nicht noch besonders begründet zu werden. Jeder einzelne Genosse, der den politischen und organisatorischen Zustand der gesamten schlesischen Parteiorganisation und der Mitgliedschaft kennt, wird die Notwendigkeit einer solchen Funktionärzeitung begrüßen. Aber vielleicht wird es doch einige Genossen geben, die fragen werden: „Zu was noch eine Zeitung wir haben ja doch in Schlesien unsere Tageszeitung.“ Diese Fragestellung ist ganz falsch. In der kommunistischen Partei gibt es laufend Hunderte von theoretischen, politischen und organisatorischen Fragen, die dringend eine Klärung bedürfen, an deren Lösung aber große Teile unserer Zeitungsleser nicht interessiert sind. Aber man kann doch die Diskussion solcher Fragen nicht ungehen. Sie kann auch nicht in der Tageszeitung durchgeführt werden, sondern dazu müssen besondere Organe geschaffen werden, die nur einem kleineren Kreis von Parteigenossen und Parteiarbeitern zur Diskussion verschiedener Fragen zur Verfügung stehen.

Der große Mangel an Kräften aber, der Zustand unserer Finanzen, erlauben uns vorläufig auch nicht die Herausgabe eines besonderen Funktionärorgans, auf der anderen Seite drängt die große Unklarheit über eine ganze Reihe von Fragen die Parteileitung im Bezirk Schlesien zur schnellsten Abhilfe. Gezwungen einen Ausweg zu finden, haben wir dazu greifen müssen, im Rahmen unserer täglichen Parteizeitung eine besondere wöchentlich erscheinende Beilage unter dem Titel „Die Partei“ zu schaffen, die im Laufe der Zeit zu einem selbständigen, von der Tageszeitung unabhängigen Diskussionsorgan ausgebaut werden soll.

II.

Was wollen wir mit der Schaffung dieses Blattes erreichen?

Wer glaubt, daß wir sofort mit der Aufklärung hochtheoretischer Probleme beginnen werden, der kommt nicht auf seine Rechnung. Wir werden damit anfangen, die primitivsten Fragen aufzurollen. Welche Fragen werden das sein? Jeder einzelne Genosse, der aktiv in der Partei steht, hat auf Grund jahrelanger Tätigkeit eine Masse von Erfahrungen gesammelt, die er als sein eigenes Geheimnis für sich selbst behält. Kein Mensch erfährt etwas davon, was für Erfahrungen der oder jener Genosse beim Aufbau der Betriebszellen, beim Kassieren der Beiträge, beim Einberufen von Versammlungen, beim Werben von neuen Mitgliedern und Abonnenten, bei der Durchführung der von der Parteileitung gestellten Arbeiten, auf allen Gebieten gemacht hat.

Darüber hinaus üben wir viel zu wenig Kritik an unserer gesamten politischen und organisatorischen Arbeit. Wir werden nur in manchen Fällen eine gestellte Arbeit hundertprozentig durchführen können. Trotz aller günstigsten Begleiterscheinungen werden sich immer Mängel und Fehler zeigen, die den Erfolg ungünstig beeinflussen. Diese Fehler erkennen, sie rücksichtslos aufdecken und mit bolschewistischer Selbstkritik abzustellen zu versuchen, das ist eine Frage, von der wir in Schlesien noch besonders wenig verstehen. Wir sollten davon unsere russischen und auch von unseren Berliner und Hamburger Genossen lernen.

III.

Um unsere gegenseitigen Erfahrungen auf allen Gebieten der Parteiarbeit auszutauschen, um darüber hinaus die Möglichkeit für die Ausübung einer gesunden Kritik zu schaffen, dazu soll unsere neue Beilage „Die Partei“ dienen.

Aber diese Beilage wird ihren Zweck nicht erfüllen, all unsere Bemühungen werden vergeblich sein, wenn nicht alle unsere Genossen ständige Mitarbeiter an dem Organ werden. Wir werden dieser neuen Beilage keinen eigenen Redakteur geben, der die Zeitung selbst schreibt, sondern jeder einzelne Genosse muß seinen Teil dazu beitragen. Erst dann wenn die Beilage das Ventil für alle politischen und organisatorischen Bauchschmerzen, das Sprachrohr aller Parteigenossen sein wird, dann wird der von uns beabsichtigte Zweck erreicht sein. Jeder Genosse seine Pflicht, dann werden sich auch die praktischen Erfolge zeigen.

Mehr Planmäßigkeit der Arbeit!

Aus einem Artikel des Genossen W. Gibrich (Impressor.)

I.

Welche Arbeit ist die wichtigste?

Wir können noch immer feststellen, daß die Parteiarbeit in einem sehr oft nur mit den Fragen beschäftigte, die ihnen gerade in den Weg kommen und die die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Die Folge ist, daß entweder nichts geschieht oder in Zeiten politischer Hochspannung tausend Aufgaben auf einmal in Angriff genommen werden, ohne Konzentrierens auf die wichtigsten Aufgaben und ohne enge Verbindung der einzelnen Zweige der Parteiarbeit miteinander. Bei dieser Methode der Arbeit ist weder die Durchführung der in der betreffenden Periode wichtigsten Aufgaben noch die systematische Heranziehung der Genossen zur Parteiarbeit möglich. Wenn eine Parteiorganisation die die Mitglieder nur allgemein in der Ortsgruppe zusammengefaßt hat, aber noch keine Zellen und keine Gewerkschaftsfraktionen besitzt, zuerst die Schaffung einer Fraktion in den Spitzenorganisationen bequemt oder die Partei ausbaut, zuerst in den Betrieben Rot-Hilfe-Organisationen zu gründen, so ist das falsch, weil dadurch die besten Kräfte von den wichtigsten Aufgaben abgelenkt werden. In diesem Falle muß unter normalen Verhältnissen vor allem der Aufbau der Zellen bestehen und die besten Kräfte sind zu konzentrieren auf die Förderung des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers im Betrieb und auf die Schaffung von Gewerkschaftsfraktionen. Erst in zweiter Linie werden Kräfte in die zugehörigen verhältnismäßig weniger wichtigen Aufgaben zur Verfügung gestellt. Wenn in einem anderen Fall die Parteiarbeit vor allem

den, und die in den Arbeiterkämpfen ausschlaggebenden Großbetriebe nicht beachtete, weil das etwas schwieriger war, so ist das ebenfalls nicht richtig. Die Planlosigkeit der Arbeit hat notwendig eine Kräftevergeudung zur Folge, verhindert die systematische Zuteilung von Parteiarbeit an die Genossen und macht die Kontrolle über die Durchführung der Parteibeschlüsse unmöglich.

II.

Die Planmäßigkeit der Arbeit in den kapitalistischen Großbetrieben, ein Vorbild für unsere Arbeit.

Die in Betrieb stehenden Genossen haben täglich Gelegenheit, die Organisation des Betriebes kennen zu lernen und dabei zahlreiche Organisationsmaßnahmen zu beobachten, deren Anwendung auch in den Parteiorganisationen sehr nützlich ist. Wenn wir von der ausbeuterischen Seite des Großbetriebes absehen, so können wir folgende Grundfragen der Betriebsorganisation formulieren:

a) Die Produktion geschieht nach einem bestimmten Produktionsplan, der von der Direktion für einen oder mehrere Monate aufgestellt wird.

b) Auf Grund des Produktionsplanes geschieht die Arbeitszuteilung an die einzelnen Abteilungen bzw. Werkstätten des Betriebes, sowie an die einzelnen Arbeiter unter Bestimmung eines Lieferungstermines.

c) Regelung der Materialbeschaffung und Materialzuteilung an die Abteilungen und einzelnen Arbeiter.

d) Kontrolle der Durchführung des Produktionsplanes und regelmäßige wöchentliche und monatliche Berichterstattung über den Stand der Arbeit.

III.

Welche Lehren können wir aus diesen Hauptfragen der Betriebsorganisation ziehen?

Ebenso wie jeder Betrieb einen Produktionsplan, einen Arbeitsplan besitzt, damit die Ausführung der Aufträge bis zu den festgesetzten Terminen geschieht und damit die Arbeit auf die einzelnen Abteilungen bzw. Werkstätten so verteilt wird, daß diese ohne unnötige Störungen, infolge technischer Unzulänglichkeiten oder Arbeiter- und Materialmangel, geschehen kann, ebenso muß auch jede Parteileitung ihre Arbeit nach einem bestimmten Arbeitsplan durchführen.

Wie im Großbetriebe die Zuteilung der Arbeit an die einzelnen Arbeiter geschieht, so müssen auch in den Parteileitungen und Parteizellen den einzelnen Genossen bestimmte Parteiaufträge zuteilt werden.

Wie im Großbetriebe so müssen auch in der Partei die Leitungen dafür sorgen, daß das Agitations- und Propagandamaterial rechtzeitig zur Stelle ist, da durch Terminversäumnis die Arbeit geschädigt wird und zu spät eintreffendes Material oft völlig wertlos ist.

Das wichtigste, was unsere Organisationen lernen müssen, ist die regelmäßige Kontrolle der Durchführung der Anweisungen des Arbeitsplanes. In den Betrieben wird mindestens wöchentlich und monatlich registriert, wie weit die einzelnen Arbeiten fortgeschritten sind. Auch bei uns muß eine regelmäßige Berichterstattung geschaffen werden, und die Parteileitungen müssen bei den unteren Parteiorganisationen kontrollieren, ob und wie die Beschlüsse durchgeführt werden.

IV.

Keine mechanische Uebertragung der Methoden des kapitalistischen Großbetriebes auf die Partei!

Durch Einführung dieses Vergleiches mit der Organisation der Großbetriebe soll nicht gesagt sein, daß sich die Organisationsmethoden des kapitalistischen Großbetriebes mechanisch auf die Parteiorganisation übertragen lassen. Im Großbetriebe geht das Bestreben der Leitung auf Mechanisierung der einzelnen Arbeitsleistungen, die zur Verkrüppelung der allgemeinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Arbeiters führt. Letztere können wir auch in verschiedenen Parteiorganisationen Tendenzen beobachten, die eine Mechanisierung der Parteiarbeit bedeuten. Die Parteileitungen müssen die Direktiven so geben, daß die Initiative der Parteiliederschaft in weitestem Maße ausgelöst wird. Die Parteizellen und die einzelnen Parteiliedern müssen dazu erzogen werden, die allgemeinen Anweisungen den topographischen Verhältnissen ihres Kampfterrains anzupassen. Zu diesem Zwecke sollen nicht nur schriftliche, papierene Anweisungen gegeben werden, es sollen auch so oft wie irgend möglich Besprechungen mit den leitenden Funktionären stattfinden. Die Funktionäre sollen mehr als bisher in den Zellen mitarbeiten und den Zellengenossen auf Grund ihrer größeren Parteierfahrungen bei der Arbeit behilflich sein. Wird auf diese Art eine lebendigere Zusammenarbeit zwischen Parteileitungen und unteren Parteiorganisationen geschaffen, dann werden die Beschlüsse von den Genossen nicht nur aus Disziplin, sondern aus Ueberzeugung durchgeführt, und die Parteiorganisationen werden lernen, bei irgendwelchen Anlässen auch ohne vorherige Anweisung der Parteileitung sofort die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

V.

Der Inhalt des Arbeitsplanes.

Jede Parteileitung soll einen Gesamtarbeitsplan für ihre Tätigkeit innerhalb einer bestimmten Frist beschließen. In diesem Gesamtarbeitsplan müssen die Aufgaben der einzelnen Zweige der Parteiarbeit (Ressorts) entsprechend ihrer Bedeutung bestimmt sein. Der Arbeitsplan muß enthalten:

a) Angabe der Aufgaben, auf die die Arbeit vor allem zu konzentrieren ist (es wird dabei vorausgesetzt, daß die laufende alltägliche Arbeit selbstverständlich weitergeführt wird).

b) wie und zu welchem Zweck die Aufgaben zu erfüllen sind und wann sie zu erfüllen sind.

c) wie, mit welchen Mitteln die Aufgaben ausgeführt werden sollen.

d) Angabe des Materials und der Terraine der Lieferung des Materials, welches von den einzelnen Parteileitungen herausgegeben wird. Anweisung, welches Material mindestens von den unteren Organisationen herausgegeben werden soll.

Ein zentralistische Organisationsarbeit erfordert, daß z. B. im Arbeitsplan der Bezirksleitung angegeben ist, wo vor allem Ortsgruppen gegründet werden sollen, zu welche Betriebe besondere Aufmerksamkeit zu lenken ist, und wo der Aufbau oder die Umgestaltung und Kontrolle der Gewerkschaftsfraktionen vor allem durchgeführt werden soll.

Der Arbeitsplan muß kurz gefaßt und in klarer Weise

Ausnahmefälle beziehen, dürfen nicht im Arbeitsplan vermerkt werden. Diese Fragen sind individuell mit den betreffenden Parteileitungen zu erledigen.

Entsprechend den im Arbeitsplan festgelegten Aufgaben sind die Parteikräfte zu verteilen. Die erfahrensten Genossen werden für die wichtigsten Aufgaben bestimmt. Für weniger wichtige Arbeiten sind Genossen, die bisher keine Parteiarbeit leisteten, heranzuziehen. Sie arbeiten sich ein unter Kontrolle eines erfahrenen Parteiarbeiters. Unter keinen Umständen darf eine Ueberlastung einzelner befähigter Parteiarbeiter geschehen, weil sonst eine ordnungsgemäße Durchführung der Parteibeschlüsse unmöglich ist. Wenn ein Genosse zuviel Aufgaben zugewiesen erhält, kann er keine richtig ausführen.

Es empfiehlt sich, den Arbeitsplan, soweit das möglich ist, in der Presse zu veröffentlichen, damit auch dort, wo die Leitung der Parteiorganisation versagt, die Mitglieder erfahren, welche Aufgaben von der höheren Parteileitung bestimmt sind, und damit von unten auf die passive Leitung ein Druck ausgeübt werden kann.

VI.

Die Kontrolle der Durchführung der Arbeit.

Die Festlegung des Arbeitsplanes hat nur einen Zweck, wenn die Durchführung der Anweisungen exakt kontrolliert wird. Es ist kein Zufall, daß manche Organisationen eine Abneigung gegen einen Arbeitsplan haben, besonders, wenn darin Termine angegeben sind, weil sie die Kontrolle der Arbeit befürchten. In Verbindung mit der Beschlußfassung über den Arbeitsplan müssen die Fragen der persönlichen Instruktion, der regelmäßigen Berichterstattung und der persönlichen Kontrolle geregelt werden. Die höhere Parteileitung soll soweit wie möglich Instrukteure in die Sitzungen der unteren Parteileitungen entsenden, um mit ihnen die Fragen des Arbeitsplanes zu besprechen. Ebenso müssen Genossen der höheren Leitungen in die unteren Organisationen gehen, um die Ortsgruppen und Zellen zu instruieren und zu kontrollieren.

Diese unteren Organisationen müssen angehalten werden, regelmäßig in einfacher Weise zu berichten. Die beste laufende Uebersicht bekommt die Parteileitung durch statistische Angaben, z. B. über Mitgliederzahl, Abonnentenzahl, Zahl der verkauften Schriften, Zahl der erschienenen Betriebszeitungen, Zahl der stattgefundenen Belegschaftsversammlungen, Zellenversammlungen usw. und ihren Besuch. Wenn die Leitungen außerdem noch berichten, wie oft die Leitungsmitglieder Ortsgruppen und Zellen besucht haben, so bekommen die höheren Parteileitungen ein verhältnismäßig genaues Bild, das die Schwächen der Parteiarbeit offen zeigt. Auf Grund dieser Berichte kann die Parteileitung beschließen, in welcher Weise bestimmte Organisationen besonders unterstützt werden müssen, und welche Fragen im nächsten Monat als erstwichtig zu behandeln sind.

Es ist notwendig, soweit wie möglich in der Presse gute Organisationsberichte zu veröffentlichen und auch die Schwächen der Organisation kritisch zu besprechen. Nur durch diesen öffentlichen Erfahrungsaustausch ist es möglich, die Arbeit auch in jenen Ortsgruppen anzuregen, wo der große Teil der Mitglieder und auch die Leitungen passiv sind, aber doch einige Genossen existieren, die den guten Willen zur Teilnehmung der Parteiarbeit haben. Es gibt noch immer Parteileitungen, die die Organisationsarbeit so ähnlich wie ägyptische Priester als eine Geheimwissenschaft betrachten. Das schadet nur der Parteiarbeit. Wenn wir nicht den Mut haben, die Fehler unserer Organisationsarbeit festzustellen, werden wir nicht in der Lage sein, breitere Schichten der Parteiliederschaft zur Besetzung der Fehler zu mobilisieren. In erster Linie ist es notwendig, die Fragen der Organisationsarbeit in den Zellen, oblenkonferenzen kritisch zu behandeln und dort die Genossen zur Selbstkritik zu erziehen, weil von dem Ausbau der Zellen die erfolgreiche politische Arbeit der Partei überhaupt abhängt.

Meckerecke

Der Nabel der Welt

Wir erhalten folgenden Brief:

den 15. 8. 25.

An die Bezirksleitung der KPD.
Werte Genossen!

so Euch an der Ortsgruppe noch etwas gelegen ist, so sendet uns einen Genossen von der Bezirksleitung hierher und gebt so bald wie möglich Bescheid. Da ich schon mit der Zentralstelle in Berlin in Führung stehe, ist es uns hier ein leichtes, Referenten und sämtliches Material von Berlin aus zu erhalten. Werte Genossen! Ihr dürft nicht denken, daß wir mit uns rumspielen lassen. Erhalte ich binnen vier Tagen keine Nachricht von Euch, so ist die Ortsgruppe für die Bezirksleitung erledigt und wir korrespondieren direkt mit der Zentrale Berlin.

Die Bezirksleitung erwägt stark, ob sie sich nicht an die Ortsgruppe — — anschließt. Wenn unsere Freunde so schnell Referenten und Material von Berlin erhalten, sind sie entschieden besser dran wie wir. Die Bezirksleitung hat bei der Anforderung für den Monat August von der Zentrale die Mitteilung erhalten, daß es unmöglich sei, bei dem durch die Zollverhandlungen im Reichstag verursachten Skandal und der daraus sich ergebenden Anforderung von Referenten aus dem ganzen Reiche auch nur einen Referenten an den Bezirk Schlesien abzugeben. Die Kräfte in der Partei sind doch rar, das sollten unsere Freunde wissen; auf der anderen Seite sind von der BL in der Zeit vom 11. Juli bis 15. August „nur“ 96 verschiedene Veranstaltungen der Partei im Bezirk besucht resp. mit Referenten besichtigt worden. Daß unsere Freunde in — — sich nicht unter den 98 befinden, ist nicht Schuld der BL.

Was in der schlesischen Organisation mehr und fester Eigentum jedes Mitgliedes und jedes Funktionärs werden muß, ist, daß die Partei eine zentralistische Organisation ist, daß selbst wenn unsere Freunde in — — den Versuch machen würden, nach Berlin zu gehen, sie begreifen werden, daß die Berliner antworten müssen: „Liebe Freunde, geht gefälligst nach Breslau, wo Ihr hingehört.“ Daß es nicht angeht, wenn einzelne Ortsgruppen ungefahr so tun, als seien sie der Nabel der Welt und alles drehe sich um sie, daß unsere Mitglieder und Funktionäre begreifen, daß der Arbeit viel, der Kräfte verhältnismäßig wenig sind, daß die Parole sein muß: selbständig arbeiten im Rahmen der Gesamtorganisation; nicht mit jeder Kleinigkeit zur Bezirksleitung kommen, nicht die Bezirksleitung als eine Mutter, an deren Schürze alle Kinder hängen